

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

24. Jahrgang 1976

Heft 3

ROLAND SCHÖNFELD

DEUTSCHE ROHSTOFFSICHERUNGSPOLITIK IN JUGOSLAWIEN 1934–1944

Die „Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland“, die Hitler 1936 in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan¹ gefordert hatte, war auch dann, wenn alle inländischen Produktionsmöglichkeiten restlos ausgeschöpft wurden, nicht ohne die kontinuierlichen Lieferungen einer Reihe im Kriegsfall verbündeter oder beherrschbarer Rohstoffexportländer zu verwirklichen.

Deutschland fehlte es an sämtlichen, für eine moderne Rüstung unentbehrlichen Metallen². Chrom wurde überhaupt nicht gefördert. Die eigenen Vorkommen an Kupfer, Nickel, Zink und Bauxit deckten nur einen verschwindenden Bruchteil des Bedarfs. Zwei Drittel des verarbeiteten Eisens und Bleis mußten eingeführt werden. Auch Mineralöl war ein schwerwiegender Engpaß. Trotz forciertem Bau von Hydrieranlagen erzeugte man 1939 noch nicht einmal die Hälfte der verbrauchten Treibstoffe aus eigenen Rohstoffen³.

Die deutsche Land- und Forstwirtschaft war ebenfalls nicht imstande, die inländische Nachfrage zu befriedigen⁴, obwohl angestrengteste Bemühungen um verbesserte Ernteergebnisse in Zuschußbereichen unternommen wurden. Im letzten Erntejahr vor dem Kriege stammten immer noch 30 vH. des für die Fleisch- und Milcherzeugung wichtigen Futtergetreides und sogar 45 vH. der benötigten Speisefette aus dem Ausland. Kraß war die mangelnde Eigenversorgung auch bei Textilrohstoffen, deren von der deutschen Industrie eingesetzte Mengen zu neun Zehntel importiert waren.

Die südosteuropäischen Länder spielten für die Deckung der Rohstoff- und Nahrungsmittellücke eine bedeutende Rolle⁵. Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

¹ Vgl. W. Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 184–203 und Text S. 204–210.

² Die deutsche Industrie im Kriege, hg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1954, Tab. C 1, S. 165; A. S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966, S. 18 f. u. Tab. S. 48; ausführlich D. Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 34 ff., 98 ff., 102 ff., 108 f.

³ W. Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933 bis 1945, Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen 1964, S. 218 f., Tab. 3 u. 4.

⁴ Die deutsche Industrie im Kriege, Tab. C 1, S. 165; D. Petzina, a. a. O., S. 31 ff., 95.

⁵ Vgl. W. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 52 ff.

hatte sich die Reichsregierung bemüht, die Handelsbeziehungen zu diesen schwer um den Absatz ihrer Ernteüberschüsse ringenden Agrarstaaten zu intensivieren⁶. Als Hjalmar Schacht mit Hilfe des im September 1934 proklamierten „Neuen Plan“ einen Ausweg aus der fatalen, Arbeitsbeschaffungspolitik und Aufrüstung behindernden Devisenklemme suchte, profitierte vor allem Südosteuropa von der erzwungenen Umorientierung des deutschen Außenhandels. Je mehr sich Produktion und Absatz im Reich belebten, umso wichtiger wurden die in den Balkanhauptstädten abgeschlossenen bilateralen Handels- und Verrechnungsverträge für die deutsche Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung.

Auch das Königreich Jugoslawien traf im Mai 1934 ein solches Abkommen über den gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehr mit Deutschland. Um den Absatz der jugoslawischen Agrarprodukte bei deutschen Importeuren zu erleichtern, erklärte sich das Reich zu ansehnlichen, vor seinen meistbegünstigten Handelspartnern verheimlichten zollpolitischen Zugeständnissen bereit, die dazu dienen sollten, „den deutschen Markt für die jugoslawische Ausfuhr unentbehrlich zu machen“⁷.

Frankreich und England konnten im Interesse der eigenen Landwirtschaft wie auch ihrer umfangreichen, durch die Weltwirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogenen überseeischen Besitzungen den südosteuropäischen Ländern bei der Unterbringung von Ernteüberschüssen kaum behilflich sein. Mitbieter wurden aber auch durch das deutsche Preisregulierungssystem immer mehr ausgeschaltet⁸. Italien, bisher wichtigster jugoslawischer Auslandsmarkt, fiel nach den vom Völkerbund 1935 wegen des Überfalls auf Abessinien verhängten Sanktionen als Abnehmer fast vollständig aus. Die Einfuhrkonzessionen, die Großbritannien, Frankreich und die Tschechoslowakei den kleineren und ärmeren Staaten als Ausgleich für deren durch die Sanktionen erlittenen Einbußen gewährten, deckten nur etwa ein Viertel der auf 500 bis 600 Millionen Dinar geschätzten jugoslawischen Exportverluste⁹.

Deutschland erschien als Retter und war 1936 mit einem Anteil von 23,7 vH.

⁶ Ursachen und Auswirkungen der seit Anfang der dreißiger Jahre rasch zunehmenden Handelsverflechtung zwischen dem Deutschen Reich und den südosteuropäischen Donauländern sind Gegenstand einer ausführlicheren Darstellung des Verf., die in nächster Zeit veröffentlicht werden soll. Zur Vorgeschichte vgl. R. Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 179 bis 215.

⁷ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAA), Abt. II, Geheim-Akten, Handel 13 Jugoslawien: Vertrauliches Schlußprotokoll v. 1. 5. 34; Geheimer Notenwechsel v. 1. 5. 34; Zitat aus: Rundschreiben an die deutschen Botschaften u. geheime Anlage v. 21. 6. 34.

⁸ Die im Handelsvertrag vorgesehenen beiderseitigen Regierungsausschüsse stellten durch eigene Erhebungen an Ort und Stelle die jugoslawischen Produktionskosten fest und einigten sich dann über die zu zahlenden Preise, die in der Regel über den Weltmarktpreisen lagen. Vgl. H. Kühn, Die Verlagerungen in der deutschen Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr 1933 bis 1938, Ein Problem nationalsozialistischer Außenhandelspolitik, Würzburg 1939, S. 24.

⁹ A. Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, London 1944, S. 190 f.; vgl. auch J. B. Hoptner, Yugoslavia in Crisis 1934–1941, New York 1962, S. 98 f.

an der jugoslawischen Ausfuhr der größte Kunde des Balkanlands geworden¹⁰. Doch der Zwang zum bilateralen Ausgleich der Leistungsbilanz brachte die ersten Schwierigkeiten. Das Interesse der deutschen Industrie am Auslandsgeschäft schwand mit zunehmender Binnennachfrage. Zudem war die Aufnahmefähigkeit des unterentwickelten und wenig kaufkräftigen jugoslawischen Marktes eng begrenzt. So hielt der Absatz der deutschen Exporteure mit den rasch wachsenden Zahlungsverpflichtungen des Reiches im Verrechnungsverkehr nicht Schritt. Da Investitionsgüter üblicherweise kreditiert wurden, kam überhaupt nur ein Teil der deutschen Gegenlieferungen für den sofortigen Ausgleich jugoslawischer Forderungen in Betracht.

Ende Dezember 1936 hatte das jugoslawische Clearingguthaben 520 Millionen Dinar erreicht¹¹. Um diesen Betrag zu reaktivieren, griff die Belgrader Regierung nicht nur zu drastischen Devisenkursmanipulationen¹², sondern entschloß sich auch, der deutschen Industrie bedeutende staatliche Aufträge zu erteilen, was den Clearingsaldo nach wenigen Jahren tatsächlich wieder zum Verschwinden brachte¹³.

Schon für die 1933 gegründeten halbstaatlichen Goldbergwerke in Slišane hatte die Humboldt-Deutz-Motoren AG Maschinen und Installationen für 800 000 Reichsmark geliefert¹⁴. Im März 1936 bestellte die jugoslawische Regierung bei der Friedr. Krupp AG, Essen, eine moderne Ausrüstung im Wert von 160 Millionen Dinar für die staatliche Eisenhütte in Zenica/Bosnien¹⁵, die dadurch mit einer Kapazität von 120 000 Jahrestonnen¹⁶ zum größten Stahl- und Walzwerk im europäischen Südosten wurde.

¹⁰ M. Mirković, *Ekonomska Historija Jugoslavije*, Zagreb 1968, S. 373.

¹¹ S. Dimitrijević, *Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem zweiten Weltkrieg*, Berlin (Ost) 1963, Tab. S. 190.

¹² Vgl. G. Tucci, *La Politica Economica della Germania nell' Europa Danubiano-Balcanica*, in: *Annali Triestini di Diritto, Economia e Politica*, X (1939 III–IV), S. 375 f.; *South-Eastern Europe, A Political and Economic Survey*, prepared by the Information Department of the Royal Institute of International Affairs, London 1939, S. 145 f. Der Kurs der Reichsmark war ursprünglich auf 17,60 Dinar festgelegt worden. Nachdem den jugoslawischen Exporteuren gestattet wurde, ihre Forderungen direkt an Importeure mit Abschlag zu verkaufen, sank der Kurs auf 12,50 bis 14,50 Dinar und wurde im Oktober 1938 bei 14,30–14,70 Dinar fixiert.

¹³ Bis Ende 1938 gelang es, den jugoslawischen Aktivalsaldo auf 225 Millionen (Mio) Dinar, also weniger als 16 Mio RM herabzudrücken (S. Dimitrijević, a. a. O., Tab. S. 190). In 1939 und 1940 erzielte die deutsche Seite sogar einen Überschuß an Verrechnungsdevisen von insgesamt 76 Mio. RM. Jedoch hatte sich von 1938–1940 eine Bardevisenschuld des Reiches gegenüber Jugoslawien von insgesamt 46,1 Mio. RM angesammelt; Bundesarchiv, Koblenz (BA), Reichswirtschaftsministerium (RWM), R 7 XII/12: *Die deutsche Devisenbilanz mit Jugoslawien*. Eine Bezahlung in Bar- (= freikonvertierbaren) Devisen verlangte die jugoslawische Regierung für bestimmte Bergbauprodukte, z. B. Kupfer. Solche Lieferungen mußten von Ländern, mit denen Verrechnungsabkommen bestanden, außerhalb des Clearings abgerechnet werden.

¹⁴ B. Jurković, *Das ausländische Kapital in Jugoslawien*, Stuttgart 1941, S. 314.

¹⁵ W. Treue, *Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan*, a. a. O., S. 50.

¹⁶ BA, RWM, R 7 VII/32: *Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens* (Ausarbeitung d. Volksw. Abt. der IG-Farben), 23. 5. 42.

Jugoslawien bevorzugte die deutsche Wirtschaft schließlich auch eindeutig bei der Durchführung des Mitte der dreißiger Jahre begonnenen forcierten Aufrüstungsprogramms. Zwar vergab die jugoslawische Armee ihre Aufträge immer noch bevorzugt an den Entente-Partner Tschechoslowakei¹⁷. Aber nachdem die Belgrader Regierung den Widerstand der Militärbehörden durch die Abberufung zweier Generale gebrochen hatte, bahnte sich das erste große Waffengeschäft der deutschen Industrie mit dem Balkanstaat an. Anfang 1939 verhandelte die Friedr. Krupp AG in Belgrad über einen Rüstungsauftrag im Werte von 100 Millionen Mark, die in zehn reichsgarantierten Jahresraten bezahlt werden sollten¹⁸. Erst als Jugoslawien für weitere 100 Millionen Reichsmark Kampfflugzeuge bei deutschen Herstellern kaufen wollte¹⁹, kam es zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Oberkommando der Wehrmacht, das schon des längeren gefordert hatte, im Interesse der eigenen beschleunigten Aufrüstung den Verkauf von Kriegsmaterial an andere Staaten einzustellen oder doch wenigstens stark zu beschränken²⁰. Der gewaltige Aufwand an importierten Rohstoffen, den die geplante Aufstellung von fünf Armeekorps voraussetzte, machte es jedoch notwendig, jede Exportgelegenheit zu nutzen.

Trotz beträchtlich intensiviertem Warenaustausch mit Jugoslawien und recht erfolgreichen Bemühungen deutscher Industriekreise, Agrarpotential und Rohstoffvorkommen des Landes für die Ausfuhr zu mobilisieren²¹, war Deutschlands Bedeutung für die Wirtschaft des Königreiches keineswegs unanfechtbar. Zwar hatte der Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes die Aufnahmefähigkeit für südosteuropäische Exportprodukte noch verstärkt. Mehr als 40 vH. seines Gesamt-ußenhandels wickelte Jugoslawien nun mit dem Deutschen Reich ab²².

In der Euphorie der ersten Tage nach der Münchner Konferenz, „vor dem eindrucksvollen Hintergrund der Schwäche der von ihren Protektoren unzulänglich beschützten Tschechoslowakei“²³, versuchte Reichswirtschaftsminister Funk in Bel-

¹⁷ Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ), Records of the Office of the US Chief of Counsel for War Crimes, Nuremberg Military Tribunals Relating to Nazi Industrialists, Dok. NIK 9243: Protokoll der A.G.K.-Konferenz, 28. 3. 58.

¹⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie D, Bd. V, Baden-Baden 1953, Dok. Nr. 288: Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung, 9. 2. 59. Ministerpräsident Stojadinović hatte sich bereits bei seinen Verhandlungen in Berlin im Januar 1938 für deutsche Rüstungsmateriallieferungen interessiert. Vgl. M. M. Stojadinović, *Ni rat ni pakt, Jugoslavija između dva rata*, Rijeka 1970, S. 461 ff.

¹⁹ ADAP, Serie D, Bd. V, Dok. Nr. 290: Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftspol. Abteilung, 11. 2. 59.

²⁰ IfZ, Dok. NIK 9243: Protokoll der A.G.K.-Konferenz, 28. 3. 58.

²¹ Vgl. F. Glück, *Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, Beispiel organischer Entwicklungsarbeit*, in: *Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung, Festschrift für Hermann Gross* (hg. v. Th. Zotschew), München 1965, S. 109–116; *Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT)*, Deutsche Gruppe, Berlin, Nr. 37 v. 4. 1. 56, S. 11 ff. und ebd., *Zwischenbericht über laufende Arbeiten und Aufgaben*, Februar 1941, S. 6 ff.

²² *South-Eastern Europe*, Tab. S. 140.

²³ W. Treue, *Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan*, a. a. O., S. 59.

grad seine Gesprächspartner zu überzeugen, daß Jugoslawien nur an der Seite Deutschlands eine wirtschaftliche Zukunft habe. Ministerpräsident Stojadinovič sagte man tatsächlich nach, daß er bestrebt sei, sein Land aus dem beherrschenden Einfluß des größten Kapitalgebers Frankreich zu lösen²⁴. In der Reichskanzlei hatte Stojadinovič im Januar 1938 betont, daß Jugoslawien die „französische Brille“, die es von Deutschland seit dem Weltkrieg trennte, nunmehr abgenommen habe. Er ließ sich seinerseits von Hitler versichern, daß die Interessen des Reiches im Balkan ausschließlich wirtschaftlicher Natur seien²⁵.

Doch die jugoslawische Regierung war schon während der kurzlebigen Weltmarkthausse im Jahre 1937 bemüht gewesen, die zu starke Orientierung ihrer Exportwirtschaft nach Deutschland einzudämmen. Die Erleichterung des Absatzes in den Freidevisenländern kam Belgrad aber auch deshalb gelegen, weil nur eine aktive Leistungsbilanz mit den Hauptgläubigern Frankreich und England die Wiederaufnahme des seit der Weltwirtschaftskrise eingestellten Schuldendienstes und damit den Import weiteren, dringend benötigten Kapitals ermöglichte. Hatte man bisher versucht, durch gezielte Importrestriktionen die Einkäufe der Wirtschaft von den Freidevisenländern auf die Clearingpartner, vor allem Deutschland, umzulenken²⁶, so galten alle Anstrengungen nun dem Ziel, die Ausfuhren in die Gläubigerländer zu verstärken²⁷.

Machtpolitik um den Balkanmarkt

Diese letzte Chance der Westmächte, die südosteuropäischen Rohstoffquellen dem aufrüstenden Deutschland nicht kampflos zu überlassen, wurde kaum genutzt²⁸. Maßnahmen Frankreichs und Großbritanniens, um den Balkanraum enger an sich zu binden, waren „sporadisch, zufällig, planlos“²⁹.

Die Reichsregierung dagegen wußte wohl, welch kriegsentscheidende Bedeutung dem wirtschaftlichen Einfluß in Südosteuropa infolge der mangelnden Autar-

²⁴ ADAP, Serie D, Bd. V, Dok. Nr. 158: Aufzeichnung ohne Unterschrift, S. 1. 38.

²⁵ Ebd., Dok. Nr. 163: Aufzeichnung des Gesandten in Belgrad, z. Zt. Berlin, 17. 1. 38. Vgl. Stojadinovič's eigene Darstellung der in Berlin geführten Gespräche in: M. M. Stojadinovič, a. a. O., S. 455 ff.

²⁶ Vgl. South-Eastern Europe, S. 147 f.

²⁷ Der Anteil der Clearingländer an den jugoslawischen Ausfuhren fiel von 82,8 v. H. in 1935 auf 67 v. H. in 1938; M. Lamer, Kriegswirtschaftliche Einflüsse in Jugoslawien, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Jena, Bd. 53 (1941), Tab. 8, S. 123.

²⁸ Vgl. B. J. Wendt, Appeasement 1938, Wirtschaftliche Rezession und Mitteleuropa, Frankfurt/M. 1966; W. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 61 ff.; B. J. Wendt, Economic Appeasement, Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939, Düsseldorf 1971, S. 402 ff.

²⁹ W. Treue, a. a. O., S. 64. Die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Westmächte für südosteuropäische Agrarprodukte wurde in Deutschland mit Genugtuung konstatiert, vgl. Deutschland und Südosteuropa, hg. v. Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1940, S. 131 ff.

kiebegabung Deutschlands beizumessen war. Diese Erkenntnis liegt auch dem von Carl Krauch, einem Direktor der IG Farbenindustrie AG, dem Generalrat des Vierjahresplanes im April 1939 vorgetragene Lagebericht³⁰ zugrunde, der – um die Blockadefahr im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zu bannen – unter anderem die „Einbeziehung des südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraumes“, der auch von der Wehrmacht gegen eine Besetzung durch die Alliierten zu schützen wäre, empfahl.

Der vom Krauch-Plan angeregten Perspektive einer „zunächst friedliche[n] Ausweitung des Großwirtschaftsraumes auf dem Balkan“ entsprachen die Verhandlungen, die Helmut Wohlthat, ein führender Beamter im Amt für den Vierjahresplan, im Sommer 1939 inoffiziell, aber doch mit Wissen und Billigung Görings in London führte³¹. Wohlthat schlug seinen Gesprächspartnern aus dem Handelsministerium und dem Schatzamt eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien vor, unter der Voraussetzung, daß die englische Regierung bereit sei, Südost- und Osteuropa als „Gebiete besonderen Interesses und wirtschaftlichen Einflusses“ des Großdeutschen Reiches anzuerkennen³². Der Gedanke einer Aufteilung der Einflußgebiete stieß bei den politisch maßgebenden Kreisen Englands keineswegs auf einhellige Ablehnung³³ und wäre vielleicht sogar realisiert worden, hätte der deutsche Überfall auf Polen den Gang der Gespräche nicht brüsk unterbrochen.

Etwa zur gleichen Zeit wie Wohlthat hielt sich auch das jugoslawische Staatsoberhaupt Prinzregent Paul in London auf. Nach Belgrad zurückgekehrt, versicherte er dem deutschen Gesandten, daß Besorgnisse, England könne Jugoslawien für eine Einkreisungspolitik gewinnen, unbegründet seien, da „Jugoslawien nur mit höchster Lebensgefahr eine Politik führen könnte, die gegen die Mächte der Achse gerichtet ist“³⁴.

Wenn auch Jugoslawien nach wie vor versuchte, sich aus den Rivalitäten der Großmächte herauszuhalten, so spielt doch wohl gerade diese Einsicht in die veränderten Machtverhältnisse in Mitteleuropa bei der positiven Außenpolitik gegenüber dem Reich eine wichtige Rolle. Daran änderte auch die Kabinettskrise in Belgrad vom Februar 1939 nichts. Schon der bisherige Ministerpräsident Stojadinović war von den breiten Bevölkerungskreisen gestützt worden, die an dem durch florierende

³⁰ Abdruck im Anhang zu D. Eichholtz, Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (Ost) 1969 II, S. 96–105.

³¹ Vgl. H. Metzmacher, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 369–412.

³² ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. Nr. 716: Bericht Wohlthats an Göring, 24. 7. 39; Documents on British Foreign Policy (DBFP), Series 3, Bd. 5, London 1952, Dok. Nr. 741: Minute by Mr. Ashton-Gwatkin, 7. 6. 39.

³³ Vgl. dazu auch die Erinnerungen des deutschen Botschafters in London, H. v. Dirksen, Moskau, Tokio, London, Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939, Stuttgart 1949, S. 251 ff.

³⁴ ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. Nr. 691: Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt, 20. 7. 39.

rende Handelsbeziehungen mit Deutschland vermehrten Wohlstand teilhatten³⁵. Sein Nachfolger Cvetković hielt zwar an der grundsätzlichen Neutralitätspolitik fest, aber auch für ihn gab es keine sinnvolle politische oder wirtschaftliche Alternative zur engen Zusammenarbeit mit dem Reich.

Im Juli 1939 einigten sich Jugoslawien und Deutschland in einem Geheimprotokoll³⁶ über die seit Monaten diskutierten Rüstungsaufträge an deutsche Firmen, die durch eine bei der Neufestsetzung des Wechselkurses im Juni 1939 vorgenommene absichtliche Unterbewertung der Reichsmark zusätzlich verbilligt wurden³⁷. Der Belgrader Regierung wurde der gewünschte Zehnjahreskredit zugestanden. Sie revanchierte sich mit dem ausdrücklichen Einverständnis, die Erforschung und die Ausbeutung von Vorkommen mineralischer Rohstoffe durch deutsche Firmen zu unterstützen.

Der deutsche Einfluß im Bergwesen Jugoslawiens war trotz enger Handelsbeziehungen und steigendem Bedarf der Rüstungsindustrie des Reiches an Metallen immer noch äußerst gering. Die bedeutendsten Kupfer-, Blei-, Zink- und Chromerzminen des Balkanstaates befanden sich im Besitz französischer oder englischer Kapitalgesellschaften – auch ein strategischer Nachteil für das Reich, wie sich sofort nach Kriegsbeginn herausstellen sollte.

Beträchtlicher diplomatischer Druck mußte auf einmal aufgewendet werden, um Jugoslawien auf die Erfüllung der dem Reich gegenüber eingegangenen Lieferverpflichtungen festzulegen. Die mit Kriegsbeginn einsetzende Hausse an den Rohstoffmärkten³⁸ verstärkte die Versuchung, Sendungen an deutsche Kunden zugunsten neuer, preislich günstigerer Aufträge aus Freidevisenländern zurückzustellen³⁹. Für England bestimmte Lieferungen wurden, meist getarnt, über die Schweiz, Griechenland oder die Türkei vorgenommen⁴⁰, und Frankreich – in einer verzweifelten Anstrengung um beschleunigte Aufrüstung – erhöhte seine Rohkupferbezüge aus Jugoslawien beträchtlich⁴¹.

³⁵ Vgl. *South-Eastern Europe*, S. 84.

³⁶ ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. Nr. 620: Geheimes Protokoll zwischen Deutschland und Jugoslawien, S. 7, 39.

³⁷ Die Preise der jugoslawischen Ausfuhrartikel (1926 = 100) waren 1937/38 von 72,6 auf 76,2 gestiegen, bis September 1939 aber wieder auf 73,1 gefallen. Die Preise der Einfuhrartikel dagegen hatten von 71,2 in 1938 auf 81,6 im September 1939 zugenommen (M. Lamer, a. a. O., S. 115, Tab. 1).

³⁸ Die jugoslawischen Ausfuhrpreise nahmen vom September 1939 bis Oktober 1940 um 80,3, die Preise der Einfuhrwaren dagegen nur um 54,4 v. H. zu (M. Lamer, a. a. O., Tab. 1, S. 115). Von der Hausse auf den Auslandsmärkten profitierte vor allem die Bergwerks- und Hüttenindustrie, die ihre Produktion zwischen August 1939 und August 1940 um ein Drittel erhöhen konnte. Allein die Erzeugung von Chrom stieg um 51, die von Blei sogar um 156,3 v. H. (ebd., Tab. 5, S. 119 und Tab. 6, S. 120).

³⁹ Südosteuropa, Vorschläge für eine neue deutsche Kapitalpolitik, Sondergutachten des MWT, Februar 1940, S. 4 f.

⁴⁰ Vgl. M. Zöllner, Über die Politik des imperialistischen Deutschland gegenüber Jugoslawien bis zum 6. April 1941, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin (Ost) 1963/IV, S. 505 f.

⁴¹ M. Lamer, a. a. O., S. 123 u. Tab. 10, S. 125.

Die ausländischen Eigentümer jugoslawischer Bergwerke machten ihren Einfluß geltend, um die Versorgung des Reiches mit Metallerzen aus ihren Gruben zu verhindern. Schon in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 forderte die englische Regierung Belgrad in einer Note auf, den Export nach Deutschland nicht zu vermehren. Sie drohte, den jugoslawischen Außenhandel genau zu überwachen und Firmen, die besonders intensiven Handel mit dem Reich trieben, auf eine „schwarze Liste“ zu setzen und deren Absatz in England zu unterbinden⁴².

Die Reichsregierung konterte in massiver Weise und machte deutlich, daß sie jede mit England getroffene Vereinbarung, die den Warenverkehr zwischen Jugoslawien und Deutschland zu beeinträchtigen geeignet sei, als Neutralitätsverletzung betrachten würde⁴³. Deutsch-jugoslawische Verhandlungen führten im Oktober 1939 zu einem in Belgrad unterzeichneten Protokoll⁴⁴. Darin verpflichtete sich Jugoslawien, Zug um Zug gegen weitere Waffenlieferungen der Messerschmidt- und der Škoda-Werke Rohstoffe bereitzustellen, nötigenfalls sogar die Kupferausbeute der Bergwerke zu beschlagnahmen.

Doch diese Drohung war offenbar so ernst nicht gemeint. Die jugoslawischen Kupferlieferungen an Frankreich nahmen nach Kriegsausbruch sprunghaft zu und wurden bis zum Zusammenbruch dieses Landes im Mai 1940 beträchtlich gesteigert⁴⁵. Diese Tatsache macht deutlich, welch geringen Einfluß die deutsche Regierung auf Belgrad letztlich auszuüben vermochte. Die Rüstungsindustrie des Reiches litt schon Anfang 1940 unter der Knappheit an Kupfer, ihre Vorräte in diesem für die Waffen- und Munitionsfertigung unentbehrlichen Metall waren fast erschöpft⁴⁶.

Anfang Januar 1940 hatte die jugoslawische Regierung immerhin mit den Eigentümern der Erzbergwerke neue Vereinbarungen getroffen über den Anteil der Förderung, den der Staat zu Weltmarktpreisen von den Gesellschaften übernehmen konnte⁴⁷. Doch erst die Kapitulation Frankreichs machte die Abhängigkeit Jugoslawiens vom Deutschen Reich vollkommen. Im Mai 1940 jedenfalls versicherte der Prinzregent, daß man die Störversuche Englands ignoriere und die Einsetzung eines Erzkommissars für die ausländischen Gruben beabsichtige⁴⁸. Ein

⁴² ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. Nr. 99, Anm. 2.

⁴³ Ebd., Dok. Nr. 99: Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung an die Gesandtschaft in Belgrad, 19. 9. 39.

⁴⁴ Ebd., Dok. Nr. 117: Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung, 21. 9. 39 und Anm. 4.

⁴⁵ Frankreich erhielt in den ersten 5 Monaten des Jahres 1940 die dreifache Menge Rohkupfer aus Jugoslawien wie im ganzen Jahr 1939; M. Lamer, a. a. O., Tab. 10, S. 125.

⁴⁶ A. S. Milward, a. a. O., S. 56. Noch Ende 1941 behinderte die Kupferknappheit die U-Boot-Produktion; ebd., S. 99.

⁴⁷ Mitteilungen des MWT, Jg. 6 (1940), Nr. 1 v. 26. 1. 40.

⁴⁸ ADAP, Serie D, Bd. 9, Dok. Nr. 191: Die Gesandtschaft in Sofia an das Ausw. Amt, 3. 5. 40. Die jugoslawischen Bergbauunternehmen wurden 1940 unter Staatsaufsicht gestellt; R. L. Wolff, *The Balkans in Our Time*, Cambridge, Mass. 1967, S. 181.

weiteres Abkommen folgte, das die vertragsmäßigen Metall- und Erzlieferungen für Deutschland sicherte⁴⁹.

Mit dem Vorrücken der deutschen Armeen in Nord- und Westeuropa hatte sich das Reich in dem Gerangel um Einfluß auf die jugoslawische Außenwirtschaft endgültig durchgesetzt. Frankreich fiel nach seinem Zusammenbruch als Abnehmer zunächst fast völlig aus. England war durch den gestörten Seeverkehr kaum noch zu erreichen. Sein Anteil am jugoslawischen Außenhandel ging von 6,7 vH. im Jahre 1939 auf 3,2 vH. in 1940 zurück. Großdeutschland und das Protektorat nahmen im Jahre 1940 44 vH. der jugoslawischen Ausfuhren auf und bestritten 54,1 vH. der Einfuhren des Königreichs⁵⁰.

Deutsches Kapital fließt ein

In Jugoslawien hatte das deutsche Kapital nie eine Rolle gespielt⁵¹. Im Jahre 1934 beliefen sich die ausländischen Kapitalbeteiligungen und Kredite in der jugoslawischen Wirtschaft auf insgesamt 6,2 Milliarden Dinar. Deutsche Firmen besaßen davon 54 Millionen Dinar und somit weniger als 1 vH⁵².

Im jugoslawischen Bergbau und Hüttenwesen⁵³ waren vor allem englische und französische Unternehmen tätig⁵⁴. Fast die Hälfte der in diesem Wirtschaftszweig investierten ausländischen Mittel stammte aus England⁵⁵. Die bedeutenden Blei- und Zinkbergwerke in Trepča, das Bleischmelzwerk in Zvečane und die Chromerzgruben der Aladini Mines bei Skopje waren in englischem Besitz. Französische Unternehmer hatten das größte Kupferbergwerk Europas in Bor aufgebaut⁵⁶.

Erst Mitte der dreißiger Jahre begannen deutsche Verarbeiter, die beim Rohstoffbezug aus den überseeischen Freidevisenländern mit immer größeren admini-

⁴⁹ ADAP, Serie D, Bd. 9, Dok. Nr. 257: Die Gesandtschaft in Belgrad an das Ausw. Amt, 12. 5. 40.

⁵⁰ M. Lamer, a. a. O., Tab. 9, S. 124.

⁵¹ Vgl. M. Lamer, *Weltwirtschaftliche Verflechtungen Südslaviens*, (Diss. Leipzig), Zagreb 1935, S. 67 f.

⁵² *Deutschland und Südosteuropa*, a. a. O., S. 127.

⁵³ Der Produktionswert des jugoslawischen Bergbaus hatte sich von 0,6 Mrd Dinar in 1923 auf 1,2 Mrd in 1938 verdoppelt, stand aber immer noch in keinem auch nur annähernd angemessenen Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen reichen Bodenschätzen des Landes (D. Mišić, *Industrija Jugoslavije do drugog svetskog rata*, in: *Iz Istorije Jugoslavije 1918–1945*, Beograd 1958, S. 258).

⁵⁴ Der Anteil des Auslandskapitals war in diesem Wirtschaftszweig besonders hoch. 1937 befanden sich etwa 84 v. H. des gesamten Aktienkapitals der jugoslawischen Bergbau- und Hüttenbetriebe im Besitz ausländischer Gesellschaften (vgl. B. Jurković, a. a. O., S. 320).

⁵⁵ S. Dimitrijević, a. a. O., Tab. 10, S. 52. Den englischen Investoren war es in den dreißiger Jahren gelungen, den bisher vorherrschenden französischen Einfluß zurückzudrängen und selbst wichtigster Kapitalgeber der jugoslawischen Wirtschaft zu werden (Ders., *Vladavina stranog kapitala u bivšoj Jugoslaviji*, in: *Iz Istorije Jugoslavije 1918–1945*, Beograd 1958, S. 297 f.).

⁵⁶ B. Jurković, a. a. O., S. 294 ff.

strativen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, sich für die Erzvorkommen des Clearingpartners Jugoslawien zu interessieren. Im Weltmaßstab waren die Bodenschätze Jugoslawiens vielleicht nicht so bedeutend, von den europäischen Erzlagerstätten jedoch besaß das Land die größten Blei- und die zweitgrößten Kupfervorkommen⁵⁷.

Für die Industrie des Reiches wurde der Mitteleuropäische Wirtschaftstag tätig, um Investitionsmöglichkeiten im jugoslawischen Bergbau zu erkunden. 1936 gründete er unter Beteiligung von Schweizer Kapital die „Montania AG“ und errichtete ein Antimonschmelzwerk in Zajača bei Krupanj⁵⁸. Noch im gleichen Jahr schuf der MWT (Mitteleuropäische Wirtschaftstag) die „Antimon-Bergbaubetriebe und -Hüttenwerke AG“⁵⁹, erwarb das Bergwerk von Lisa und sicherte sich Konzessionen in Srebrenica und Olovo⁶⁰. Im Jahre 1940 wurde die Majorität der Antimon AG, an der auch jugoslawische Firmen beteiligt waren⁶¹, von der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (Preußag) mit der Absicht übernommen, die Betriebe noch großzügiger auszubauen. Ein Viertel des gesamten deutschen Antimonbedarfs konnte damals schon aus Jugoslawien gedeckt werden⁶².

Im Jahre 1937 hatte der MWT die „Gesellschaft zur Erforschung ausländischer Erzvorkommen“ mit Sitz in Berlin gegründet, an der sich vor allem maßgebende Firmen der deutschen Kabelindustrie wie AEG, Siemens & Halske, Felten & Guillaume Carlswerk AG beteiligten⁶³. Fachleute des MWT untersuchten Blei- und Zinkvorkommen in Srebrenica, kupferhöfliche Terrains in Slatina bei Bor und Lagerstätten in Montenegro⁶⁴. Über die Gruben in Srebrenica schloß die Gesellschaft 1938 einen Nutzungs- und Optionsvertrag mit der Jugoslavensko Plumbum AD, Beograd, und investierte dort nach eigenen Angaben bis zum Sommer 1941 rund eine Million Reichsmark⁶⁵. Eine weitere „Erzgesellschaft zur Erschließung von Nichteisenmetall-Lagerstätten mbH.“ wurde 1939 vom MWT auf Initiative der IG Farbenindustrie AG ins Leben gerufen⁶⁶, die sich an der Adir AD, einer

⁵⁷ R. L. Wolff, a. a. O., S. 182.

⁵⁸ B. Jurković, a. a. O., S. 314 f.

⁵⁹ MWT, Zwischenbericht über laufende Arbeiten und Aufgaben, Februar 1941, Arbeiten auf montan-geologischem und bergbaulichem Gebiet, S. 3 ff.

⁶⁰ Vgl. M. Lamer, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 48 (1938 II) S. 501.

⁶¹ IFZ, Tribunal VI, Fall 6, Dokumentenbuch VIII, Ilgner-Dok. Nr. 127: Erklärung Th. v. Wilmovsky, 16. 1. 48.

⁶² Wiener Tagung des MWT, 2. 9. 1940. 1939 wurden in Jugoslawien 19 000 t Antimonerz gefördert und 1500 t raffiniertes Antimon gewonnen (Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159 f.).

⁶³ BA, RWM, R 7 XII/97: Gesellschaft zur Erforschung ausländischer Erzvorkommen mbH, Berlin, 3. 9. 41.

⁶⁴ MWT, Zwischenbericht v. Februar 1941.

⁶⁵ BA, RWM, R 7 XII/97: Gesellschaft zur Erforschung ausländischer Erzvorkommen mbH, Berlin, 3. 9. 41.

⁶⁶ National Archives, Washington D. C. (NAW), Nuremberg Military Tribunals Relating to Nazi Industrialists, Micro-Copy No. T 301/139/NI 1161: Bericht über die 20. Sitzung der

geologischen Erkundungsfirma in Belgrad, beteiligte⁶⁷. Allein um die Jahreswende 1937/38 entstanden im jugoslawischen Bergbau zehn neue Firmen, an denen deutsche Kapitalgeber die Majorität besaßen⁶⁸.

Auch die Friedr. Krupp AG ließ sich vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, dessen Präsident Thilo Frh. v. Wilmovsky mit der Schwester Bertha Krupps verheiratet war, bei ihren Investitionen in den Balkanländern beraten⁶⁹. Krupp war seit 1937 bemüht, sich durch Erschließungen oder Übernahme bestehender Bergwerke in den meist überseeischen Ursprungsländern auf dem Gebiet der Legierungserze eine eigene Rohstoffgrundlage zu schaffen⁷⁰. So fanden auch die Chromerzvorkommen in Südosteuropa zunehmendes Interesse. Neben der Türkei und Griechenland verfügte Jugoslawien über reiche Lagerstätten, deren Ausbeutung sich jedoch im wesentlichen die englischen Aladini Mines gesichert hatten. Krupp gelang es lediglich, einige kleinere und wenig ergiebige Chromerzgruben in der Nähe von Skopje zu pachten⁷¹.

Seit Kriegsausbruch, als man gezwungen war, sich mehr auf die ungehindert erreichbaren europäischen Bodenschätze zu konzentrieren, versuchte man, die Förderung dieser jugoslawischen Minen zu steigern. Im Mai 1940 wurde der Krupp-Direktor Ufer mit der Erforschung und Erschließung der Kruppschen Bergwerke in Jugoslawien betraut, eine Aufgabe, in die innerhalb eines Jahres 500 000 Reichsmark gesteckt wurden⁷².

Die Firma plante nun, eine Aufbereitungsanlage zur Herstellung von Chromkonzentrat in der Nähe der Minen zu errichten, in welcher jährlich 15 000 t Chromerze aus den eigenen Gruben und aus Zukäufen bei anderen jugoslawischen und griechischen Produzenten verarbeitet werden sollten⁷³. Noch Ende 1940 wurde ein Grundstück für das zu errichtende Werk in der Umgebung von Skopje erworben⁷⁴.

Um der Konkurrenz mit einem Staatsbetrieb aus dem Wege zu gehen, bot Krupp den Reichswerken Hermann Göring AG, Berlin und Salzgitter, an, beider Interessen am jugoslawischen Chromerzbergbau in eine gemeinsame Firma einzubringen⁷⁵. Im August 1940 wurde die „Jugochrom“ AD, an der beide Gesellschafter zu

Metallunterkommission in Leverkusen, 9. 10. 38 und T 301/139/NI 1077: Postbesprechungs-Protokoll Nr. 151 v. 4. 1. 39.

⁶⁷ S. Dimitrijević, *Das ausländische Kapitel . . .*, a. a. O., graph. Darst. III b. S. 96.

⁶⁸ M. Lamer, *Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan*, a. a. O., S. 502.

⁶⁹ IfZ, Dok. NIK 11599: Erklärung Alfried Krupp v. Bohlen und Halbach, 14. 5. 47.

⁷⁰ IfZ, Tribunal III, Fall 10, Dokumentenbuch X: Erklärung H. G. Sohl, 1. 4. 48.

⁷¹ IfZ, Dok. NIK 13151: Erklärung G. Ufer, 10. 12. 47.

⁷² IfZ, Dok. NIK 13383: Sohl of Krupp to Prof. Cissarz, 11. 6. 41.

⁷³ IfZ, Closing Brief der Verteidigung im Fall 10: Krupps Betrieb von Chromerzgruben in Jugoslawien, S. 55–82; IfZ, Dok. NIK 13242: Krupp an Jugochrom AD, Belgrad, 10. 10. 40.

⁷⁴ IfZ, Dok. NIK 13383: Sohl of Krupp to Prof. Cissarz, 11. 6. 41.

⁷⁵ IfZ, Tribunal III, Fall 10, Dokumentenbuch X: Erklärung H. G. Sohl, 1. 4. 48.

je 50 vH. beteiligt waren, Krupp aber die Federführung besaß, gegründet⁷⁶. Vom Beauftragten des Amts für den Vierjahresplan in Belgrad, Generalkonsul Neuhausen, ließ sich Krupp bestätigen, daß die Jugochrom von deutscher Seite das Monopol für die Chromerzförderung in Jugoslawien besaß und andere Mitbewerber aus dem Reich ausgeschaltet waren⁷⁷. Für die Untersuchungsarbeiten stellte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag der Jugochrom seinen Chefgeologen zur Verfügung⁷⁸.

Die deutsche Aluminiumindustrie hatte sich mit zunehmender Rüstungskonjunktur seit Mitte der dreißiger Jahre für die jugoslawischen Bauxitvorkommen zu interessieren begonnen. Bei der Erschließung der dortigen reichen Lagerstätten wirkten deutsche Firmen in entscheidender Weise mit. Die gesamte Förderung des Jahres 1938 von 404 000 t⁷⁹ stammte etwa zur Hälfte aus den Gruben der Kontinentale Bauxit-Bergbau und Industrie AG, deren Großaktionär, die Bauxit-Trust AG, Zürich⁸⁰, von der Vereinigten Aluminium-Werke AG und der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, Berlin, kontrolliert wurde. Den Rest produzierten die Dalmatia Bauxit GmbH und die Adria Bauxit-Erzbergbau und -Industrie AG, an denen die Gebr. Giuliani GmbH, Ludwigshafen, maßgeblich beteiligt war⁸¹.

Obwohl die Vorkommen erst zu einem geringen Teil ausgebeutet wurden, förderte man in Jugoslawien bereits etwa 10 vH. der Weltproduktion⁸². 1937 war auf Initiative der jugoslawischen Regierung in Lozovac nahe dem Hafen Šibenik an der adriatischen Küste auch ein eigenes Verarbeitungswerk entstanden, das 1939 fast 1800 t Aluminium erzeugte⁸³. An diesem Betrieb durften sich zwar nur jugoslawische Staatsbürger beteiligen⁸⁴, die laufende Investitions- und Umsatzfinanzierung aber wurde in erster Linie vom Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein getragen⁸⁵, hinter dem das Kapital der Creditanstalt-Bankverein AG, Wien, und der Deutschen Bank AG stand⁸⁶.

Der größte Teil der jugoslawischen Bauxitförderung wurde seit 1936 von der deutschen Industrie übernommen. Schon 1937 erreichte der Bauxitexport nach

⁷⁶ IfZ, Dok. NI 588: RWM Abt. IIBg an Reichswerke AG, 15. 8. 40.

⁷⁷ IfZ, Dok. NIK 15243: Memorandum Sohls über Besprechung mit GK Neuhausen in Belgrad am 24. 9. 40.

⁷⁸ MWT, Zwischenbericht v. Februar 1941.

⁷⁹ BA, RWM, R 7 XII/97: Waffenwerke Brünn an RWM, Bericht aus Agram, 8. und 10. 11. 41. Die Bauxitförderung erreichte 1939 mit 719 000 t ihren Vorkriegshöhepunkt (Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159).

⁸⁰ An der Gründung der Bauxit-Trust AG, Zürich, hatte die Vereinigte Aluminium-Werke AG, Berlin-Hamburg, mitgewirkt, um über diese Holdinggesellschaft auf den Bauxitbergbau der südosteuropäischen Länder Einfluß zu gewinnen (B. Jurković, a. a. O., S. 309 f.).

⁸¹ BA, RWM, R 7 VII/52: Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens.

⁸² 3,7 Mio t in 1938 (BA, RWM, R 7 XII/97: Bericht aus Agram, 8. und 10. 11. 41).

⁸³ V. Blašković, *Ekonomska Geografija Jugoslavije*, Zagreb 1970, S. 200.

⁸⁴ S. Dimitrijević, *Das ausländische Kapital . . .*, a. a. O., S. 60.

⁸⁵ B. Jurković, a. a. O., S. 311.

⁸⁶ Siehe Seite 228.

Deutschland die Rekordziffer von 405 830 t⁸⁷. Die mit Kriegsbeginn zunächst stark rückläufigen Ausfuhren⁸⁸ sind darauf zurückzuführen, daß die Beförderung vom Wasserweg auf den Landweg umorientiert werden mußte⁸⁹, was infolge der verkehrsmäßigen Abgelegenheit der meisten Gruben außerordentliche Schwierigkeiten bereitete.

Sogar auf einem Rohstoffsektor, wo Jugoslawiens Vorkommen im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Ländern offensichtlich minimal waren⁹⁰, wurden deutsche Firmen aktiv: bei der Erschließung von Erdöl- und Erdgasreserven.

Zur Erforschung der nationalen Erdöllagerstätten hatte die jugoslawische Regierung nach dem Ersten Weltkrieg durch großzügige Konzessionsvergabe vor allem amerikanische, englische und holländische Konzerne ins Land geholt. Doch die Konzessionen blieben zum großen Teil unausgenutzt und die meisten der neugegründeten Erschließungsgesellschaften stellten ihre Arbeiten wegen zu geringer Aussicht auf Erfolg bald wieder ein⁹¹.

Der mit der Konjunkturbelebung der dreißiger Jahre, speziell aber mit dem Aufrüstungsprogramm und dem Anlegen strategischer Reserven rasch wachsende Treibstoffbedarf im Reich⁹² veranlaßte deutsche Unternehmen, in den jugoslawischen Erdölvorkommen zu investieren. Im Jahre 1939 gründeten die Gewerkschaft Elwerath, die Preußag, die Deutsche Erdöl AG und die Wintershall AG zum Zwecke geologischer Untersuchungen der vermuteten Erdöllagerstätten Jugoslawiens die Firma „Jugopetrol“ AG⁹³. In dieses Unternehmen brachten drei halbstaatliche und auf Initiative der jugoslawischen Regierung geschaffene Forschungsgesellschaften – „Uljanik“, „Bitumen“ und „Panonija“ – ihre Konzessionsgebiete ein⁹⁴, die fast die gesamte erdöhlöffige Region des Landes umfaßten⁹⁵. Die Erkundungsarbeiten waren recht erfolgreich. Während 1930 erst minimale 277 t gefördert worden waren, flossen zehn Jahre später immerhin fast 2000 t aus jugoslawischen Ölquellen⁹⁶.

Auch die nicht unerheblichen Erdgasvorkommen des Landes⁹⁷ lockten deutsche Investoren an. Die IG Farbenindustrie AG finanzierte Bodenuntersuchungen⁹⁸ und

⁸⁷ Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944 (StHD), S. 435.

⁸⁸ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (StJDR) 1941/42, S. 335.

⁸⁹ BA, RWM, R 7 XII/97: Bericht aus Agram, 8. und 10. 11. 41.

⁹⁰ Vgl. L. Sommermeier, Die erdöhlöffigen Gebiete in Jugoslawien, in: A. Bentz (Hg.), Erdölfragen im südosteuropäischen Raum, in: Öl und Kohle, off. Organ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung, Jg. 36, Nr. 40, Berlin 22. 10. 40.

⁹¹ Vgl. B. Jurković, a. a. O., S. 316 ff.

⁹² Vgl. W. Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff . . . , a. a. O., passim.

⁹³ BA, RWM, R 7 VII/32: Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens, Ausarbeitung der Volksw. Abt. der IG Farben, 23. 3. 42.

⁹⁴ B. Jurković, a. a. O., S. 319.

⁹⁵ BA, RWM, R 7 XII/92: Erdöl in Kroatien, 16. 11. 43.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ 1939 wurden in Jugoslawien 2,6 Mio cbm Erdgas gewonnen (Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159).

⁹⁸ NAW, T 301/140/NI 5961: Bericht der Wirtschaftspolitischen Abteilung, 10. 6. 41.

in der Chemischen Fabrik „Methan“ AD, Zagreb, waren die Rütgerswerke mit 80 vH. des Grundkapitals größter Aktionär⁹⁹.

Das Interesse der deutschen Unternehmen an den übrigen Zweigen der jugoslawischen Wirtschaft hatte mit dem Anschluß Österreichs im März 1938 zugenommen. Die Deutsche Bank AG ging eine enge Kooperation mit Österreichs bedeutendstem Bankhaus, der Österreichischen Creditanstalt-Wiener Bankverein, ein¹⁰⁰ und faßte durch diese Zusammenarbeit erstaunlicherweise zum ersten Mal seit ihrem Bestehen in Jugoslawien Fuß. Stützpunkt der Creditanstalt-Bankverein AG auf dem jugoslawischen Markt war der Allgemeine Jugoslawische Bankverein, Zagreb-Beograd¹⁰¹, dessen belgische und tschechische Minderheitsanteile nach und nach mit Hilfe der Deutschen Bank aufgekauft wurden. Bei Kriegsbeginn waren 91,8 vH. des Aktienkapitals in deutschen Händen¹⁰².

Eine Erhöhung des Grundkapitals von 60 auf 100 Millionen Dinar im Jahre 1940 machte den Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein zum größten Kreditinstitut des Landes und zur führenden deutschen Bank in ganz Südosteuropa¹⁰³. Die wichtigsten Kapitalbeteiligungen¹⁰⁴ der Creditanstalt-Bankverein AG an der jugoslawischen Holz-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie waren hier zusammengefaßt. Die Bank pflegte die Finanzierung von Investitionen wie auch der Geschäftsverbindungen ihrer Kunden mit Firmen im Deutschen Reich. Als der Krieg ausbrach, hatte man sich auf diese Weise gegenüber den häufig unter englischem oder französischem Einfluß stehenden südosteuropäischen Banken ein verhältnismäßig spionagesicheres Institut geschaffen, über welches der deutsche Außenhandel mit Jugoslawien abgewickelt werden konnte¹⁰⁵.

Weniger erfolgreich operierte die sonst so expansive IG Farbenindustrie AG¹⁰⁶. Zwar partizipierte diese Firma über ihre Beteiligung an der Dynamit Nobel, Bratislava, an deren Investitionen in jugoslawischen Chemiebetrieben¹⁰⁷. Doch ihre

⁹⁹ BA, RWM, R 7 VII/32: Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens.

¹⁰⁰ IfZ, Dok. NID 7364: Beteiligung deutscher Banken an ausländischen Banken in den Jahren 1938 ff.; die Aktienmehrheit der Creditanstalt-Bankverein AG übernahm die Deutsche Bank erst 1942.

¹⁰¹ Vgl. B. Jurković, a. a. O., S. 253 ff.

¹⁰² S. Dimitrijević, Das ausländische Kapital . . . , a. a. O., S. 20.

¹⁰³ Mitteilungen des MWT, 7. Jg. 1941, Nr. 1 v. 27. 1. 41: Deutsche Bankinteressen in Jugoslawien, S. 5 ff.

¹⁰⁴ IfZ, Dok. NI 1926: Rundschreiben des AA an die Botschaften in Belgrad, Budapest, Sofia u. a., 13. 7. 38: Die Auslandsbeteiligungen der Creditanstalt-Bankverein AG sollten in Zukunft für die Ziele der deutschen Handelspolitik genutzt werden.

¹⁰⁵ IfZ, Dok. NI 8650: IGF-Verkaufsgemeinschaft Chemikalien, Rundschreiben Nr. 338 v. 6. 12. 39.

¹⁰⁶ Daß die IG Farbenindustrie AG „im Hintergrund“ von 24 jugoslawischen Unternehmen gestanden sei (S. Dimitrijević, Vladavina stranog kapitala u bivšoj Jugoslaviji, a. a. O., S. 282) sagt noch nicht viel über ihren tatsächlichen Einfluß aus.

¹⁰⁷ Vgl. B. Jurković, a. a. O., S. 398; H. Radandt, Die IG Farbenindustrie und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (Ost) 1967/I, S. 84.

direkte Aktivität in Jugoslawien – abgesehen von den erwähnten geologischen Untersuchungsarbeiten zusammen mit dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag – beschränkte sich im wesentlichen auf zwei Verkaufsorganisationen¹⁰⁸.

Nach der Abtretung des Sudetenlandes hatte die IG zusammen mit der Chemischen Fabrik von Heyden vom Aussiger Verein, einer Firma des belgischen Solvay-Konzerns, für 24 Millionen Mark die Werke Aussig und Falkenau gekauft¹⁰⁹. Der Aussiger Verein, nach dieser Ausgliederung in Prager Verein umbenannt¹¹⁰, erweckte aber auch wegen seiner „ausschlaggebenden Bedeutung für den südosteuropäischen Chemiemarkt“¹¹¹ das Interesse der IG, die nun eine Reihe von Untersuchungen über die ausgedehnten Beteiligungen dieses Unternehmens in Ungarn, Rumänien, aber auch Jugoslawien anstellen ließ¹¹².

Die IG und die Dresdner Bank bemühten sich offenbar recht intensiv, vom Prager Verein zwei nicht unbedeutende Chemiekalienerzeuger in Jugoslawien, die Jugoslawische Solvay-Fabrik in Lukavac und die „Zorka“ Gesellschaft für Chemische Industrie, Beograd¹¹³, zu erwerben oder dort wenigstens eine Kapitalbeteiligung unterzubringen¹¹⁴. Da sich der Prager Verein und der Solvay-Konzern uninteressiert zeigten, kam der Kauf nie zustande. Die Reichsregierung untersagte, in irgendeiner Weise Druck auszuüben, da Solvay wegen seiner internationalen Bedeutung nicht „verprellt“ werden dürfe¹¹⁵.

Der Kauf des Kupferbergwerks Bor

Englisches und französisches Kapital war seit Ende der dreißiger Jahre angesichts der wachsenden Vormachtstellung Deutschlands im Balkanraum teilweise aus Jugoslawien abgezogen worden¹¹⁶. Die raschen Siege der deutschen Armeen in Ost-

¹⁰⁸ S. Dimitrijević, *Das ausländische Kapital* . . . , a. a. O., graph. Darst. III b. S. 96; vgl. auch NAW, T 301/139/NI 1172: Schreiben an „Juganil“, Zagreb, 3. 6. 38; NAW, T 301/139/NI 1454: Bericht über IG-Treffen in Frankfurt, 19. 2. 40. Den Verkaufsfilialen der IG in Jugoslawien wirft S. Dimitrijević (*Vladavina stranog kapitala u bivšoj Jugoslaviji*, a. a. O., S. 295) vor, Wirtschaftspionage getrieben zu haben, was wohl damit zusammenhängt, daß diese Vertretungen auch dazu dienten, Marktanalysen anzufertigen und die Zentrale über die Aktivität der Konkurrenz auf dem Laufenden zu halten.

¹⁰⁹ NAW, T 301/139/NI 1139: Übernahmevertrag v. 7. 12. 38.

¹¹⁰ Ebd., NI 1178: Nachtrag zur Vowi-Arbeit 3024 v. 28. 7. 38.

¹¹¹ NAW, T 301/143/NI 10408: Untersuchung über den Aussiger Verein.

¹¹² Ebd., NI 10408; NI 10402: Besprechung betr. Aussiger Verein, 13. 10. 38; NI 10615: Vertraulicher Bericht, 27./28. 4. 39; NAW T 301/139/NI 1138: Mitteilung an die Mitglieder des Südosteuropa-Ausschusses, 1. 9. 42; u. a.

¹¹³ Vgl. B. Jurković, a. a. O., S. 385 f. u. 387.

¹¹⁴ IfZ, Dok. NI 10410: Testimony of Drs. Karel Martinek u. Antonin Srba (Anklage-Dokument), o. D.

¹¹⁵ Vgl. H. Radandt, a. a. O., S. 99 ff., 105. D. Eichholtz (*Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft etc.*, S. 183) begründete diese Rücksichtnahme damit, daß „unter den Großmächtigen des internationalen Finanzkapitals das ‚fair play‘ zivilisierter Gangsterchefs“ geherrscht habe!

¹¹⁶ Vgl. S. Dimitrijević, *Das ausländische Kapital* . . . , a. a. O., S. 79 f.

und Westeuropa 1939 und 1940 förderten die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer von Kapitalbeteiligungen in Gebieten, die dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Reiches jetzt ohne die bisherige Rückendeckung bei den Westmächten ausgesetzt waren.

Die Bestrebungen der deutschen Industrie, solche Einkaufsgelegenheiten zu nutzen, wurden von der Reichsregierung unterstützt, die es begrüßte, wenn Beteiligungen französischer, belgischer oder holländischer Unternehmen in deutsche Hände übergingen¹¹⁷, um diesen strategisch wichtigen Versorgungsraum auch in Zukunft von ausländischen Interessen möglichst frei zu halten.

Eine Untersuchung der Fachgruppe Metallergbergbau hatte im September 1940 deutlich gemacht, wie schlecht es um die Deckung des Metallbedarfs der europäischen Industrie ohne die Lieferungen aus den überseeischen Ländern bestellt war. So fehlten in diesem Falle 42 vH. des benötigten Kupfers und Bleis, 61 vH. des Zinks und 87 vH. des Nickels¹¹⁸. Bis zur damals bereits geplanten Zerschlagung der Sowjetunion und damit der Eroberung der reichen russischen Bodenschätze war es also existenznotwendig, die europäischen Erzreserven so intensiv wie möglich zu nutzen.

Gerade die bedeutenden Metallergvorkommen Jugoslawiens waren bisher nur zu einem geringen Teil erschlossen und ausgebeutet worden¹¹⁹. Gelang es, die Rechte ausländischer Unternehmen an den aussichtsreichsten Lagerstätten zu erwerben, so konnte die Förderung durch entsprechende Investitionen fast nach Wunsch gesteigert werden. Auch die jugoslawische Regierung war offensichtlich daran interessiert, die deutschen Kapitalanlagen auf Kosten der beherrschenden englischen und französischen Anteile erweitert zu sehen. So verhandelte Generalkonsul Neuhausen im Jahre 1940 mit den jugoslawischen Behörden über einen Ankauf der modern eingerichteten Blei- und Zinkergwerke in Trepča¹²⁰ aus englischem Besitz. Ministerpräsident Cvetković war bereit, die Trepča-Werke für die jugoslawische Regierung vom Eigentümer, der Selection Trust Company, London, mit Mitteln aus dem staatlichen Devisenfonds zu erwerben und anschließend zur Übernahme durch deutsche Firmen freizugeben¹²¹ – da direkte Kontakte zwischen den kaufinteressierten Unternehmen des Reiches und dem englischen Konzern ja nicht mehr möglich waren. Ursache dieser Hilfsbereitschaft Belgrads war wohl nicht nur

¹¹⁷ IfZ, Dok. NI 1944: Streng vertrauliches Schreiben des Reichswirtschaftsministers an verschiedene Banken, 24. 10. 40.

¹¹⁸ Dok. 3: Anlage zu Rundschreiben Fachgruppe Metallergbergbau, 3. 9. 40, in: W. Schumann, Die faschistische ‚Neuordnung‘ Europas nach den Plänen des deutschen Monopolkapitals, Programme der Metallindustrie, des Metallerg- und Kohlenergbaus im Jahre 1940, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost), 19 (1971).

¹¹⁹ Vgl. R. L. Wolff, a. a. O., S. 181 ff.

¹²⁰ Die Erzvorräte Trepča's wurden auf 2,5 Mio t geschätzt mit einem durchschnittl. Zinkgehalt von 8,5 und einem Bleigehalt von 8,7 v. H. 1938 förderte das Werk 699 294 t Blei- und Zinkerze (B. Jurković, a. a. O., S. 307). In ganz Jugoslawien wurden 1939 775 000 t Blei- und Zinkerze gefördert (Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159).

¹²¹ Vgl. M. Zöller, a. a. O., S. 508.

die Absicht, die im Bergbau des Landes so einseitig vorherrschenden englischen Kapitalinteressen zurückzudrängen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland zu intensivieren, sondern vermutlich auch die Überzeugung, daß von den deutschen Investoren mehr Aktivität, besonders auf dem Gebiet der Verhüttung und Weiterverarbeitung, zu erwarten war als von den vom jugoslawischen Markt abgeschnittenen englischen Kapitalgebern.

Zu einem positiven Abschluß der Verhandlungen kam es offensichtlich nicht, da die deutsche Revisions- und Treuhand AG noch im Dezember 1942 im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums ein Gutachten über den Wert des der Trepča Mines Ltd. gehörenden Bleischmelzwerks in Zvečane erstellte¹²². Dieses Gutachten sollte als Verhandlungsgrundlage für den Kauf der Zvečaner Betriebe dienen, der jedoch zur Zeit nicht möglich war, da sich die Aktien des Unternehmens „nicht im deutschen Verfügungsbereich“ befanden. Die Trepča-Werke waren damals bereits seit April 1941 unter kommissarische Verwaltung der deutschen Besatzungsbehörden gestellt. Es ist immerhin bemerkenswert, daß an eine Enteignung dieses „Feindstaatenvermögens“ selbst im besetzten Serbien nie gedacht war.

Möglich waren dagegen Verhandlungen mit den Eignern der „Compagnie Française des Mines de Bor“. Diese Gesellschaft, die Kupfervorkommen bei Bor in Serbien ausbeutete, bestand bereits seit Anfang des Jahrhunderts. 1936 wurde das Grundkapital auf 120 Millionen francs erhöht. Die Mehrheit der Aktien lag bei der Société Mirabaud, weitere Pakete waren im Besitz anderer französischer Firmen und auch der Gründer Gj. Weifert besaß noch einen kleinen Anteil¹²³.

Da Jugoslawien etwa 3 bis 4000 t raffiniertes Kupfer jährlich importieren mußte, drängte die Regierung die Gesellschaft 1936, gegen eine Erweiterung ihrer Konzession eine Elektro-Raffinerie zu errichten. Bereits 1938 begann dieses Werk zu produzieren¹²⁴. 1939 förderte Bor 984 000 t Kupfererz und produzierte 41 643 t Roh- und 12 463 t Elektrolytkupfer¹²⁵. Bor war damit der größte europäische Kupferproduzent (ca. 2 vH. der Weltproduktion) und verfügte über die einzigen bedeutenden Kupfervorkommen in der Nähe der europäischen Industrie¹²⁶.

Die Ertragslage des Unternehmens war glänzend. Schon 1929 wurde eine Dividende von 300 Prozent ausbezahlt¹²⁷. Trotz des starken Rückgangs der Kupferpreise seit der Weltwirtschaftskrise erwirtschaftete Bor von 1928 bis 1937 einen Reingewinn, der fast das Zwanzigfache des Grundkapitals (1996 vH.) betrug¹²⁸. Allein die als Nebenprodukt gewonnenen Gold- und Silbermengen reichten bei-

¹²² BA, RWM, R 7 VIII/30: Gutachten der Deutschen Revisions- und Treuhandges. v. 28. 12. 42.

¹²³ B. Jurković, a. a. O., S. 503.

¹²⁴ R. L. Wolff, a. a. O., S. 181; Die Bodenschätze der südosteuropäischen Länder, 2. Teil, Eisen und Kupfer, Schriften der Südosteuropa-Gesellschaft, Wien 1944, S. 69.

¹²⁵ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159.

¹²⁶ S. Dimitrijević, Das ausländische Kapital . . . , a. a. O., S. 49 f.

¹²⁷ B. Jurković, a. a. O., S. 503.

¹²⁸ S. Dimitrijević, a. a. O., S. 68.

nahe zur Deckung der gesamten Betriebskosten für Förderung und Verhüttung aus¹²⁹. Von staatlichen Abgaben war die Gesellschaft seit der Errichtung der Elektroaffinerie für 15 Jahre befreit¹³⁰.

Doch die bisher ausgebeuteten Erzreserven mit reichem Metallgehalt waren Ende der dreißiger Jahre ziemlich erschöpft, so daß immer mehr auf sogenannte Armerze mit geringem Metallgehalt zurückgegriffen werden mußte¹³¹. Diese Tatsache mag neben der veränderten politischen Konstellation in Europa zu dem Entschluß des Hauptaktionärs beigetragen haben, sich von seiner Beteiligung an der Compagnie Française des Mines de Bor zu trennen.

Die Behauptung jedenfalls, das Bankhaus Mirabaud wäre nie zum Verkauf bereit gewesen, „wenn nicht der deutsche Kommißstiefel die Boulevards beherrscht hätte“¹³², entspricht kaum den Tatsachen. Auf Mirabaud wurde offenbar in keiner Weise Druck ausgeübt. Da der Hauptaktionär nur über 63 vH. der insgesamt 600 000 Aktien verfügte¹³³ und das Reich darüber hinaus auch noch die teilweise stark verstreuten restlichen Anteile zu erwerben trachtete, mußte von vornherein ein attraktiver Preis geboten werden¹³⁴. Daß für die Reichsregierung der Erwerb von Bor „aus kriegswirtschaftlichen Gründen eine zwingende Notwendigkeit“¹³⁵ darstellte, hat ihre Verhandlungsposition eher verschlechtert.

Die Besprechungen mit Mirabaud in Paris begannen im Oktober 1940. Da versuchte die französische Regierung, den Verkauf der Kupferinteressen in Jugoslawien durch einen Ministerratsbeschluß zu verhindern. Delegationsleiter Neuhausen berichtete, daß die Verhandlungen erst vorankamen, „nachdem Laval von deutscher Seite eingeschaltet worden sei und die Aufhebung dieses Ministerratsbeschlusses sowie die Zustimmung des Marschalls Pétain zum Verkauf veranlaßt habe . . .“¹³⁶.

Im Februar 1941 kam der Kaufvertrag zwischen der Preußischen Staatsbank und der Banque Mirabaud zustande. Das Aktienpaket wechselte für 1,26 Milliarden francs (ca. 66 Millionen Reichsmark) den Besitzer. Das bedeutete, daß die

¹²⁹ B. Jurković, a. a. O., S. 504. Gefördert wurden jährlich ca. 1900 kg Gold und 6000 kg Silber (BA, RWM, R 7 XII/98: Berichte über die Besichtigung der Betriebe der Mines de Bor).

¹³⁰ S. Dimitrijević, a. a. O., S. 68.

¹³¹ B. Jurković, a. a. O., S. 305. Vgl. auch V. Blašković, *Ekonomska Geografija Jugoslavije*, Zagreb 1970, S. 194 f.

¹³² H. Radandt, *Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld, Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkriegs*, Berlin (Ost) 1957, S. 249.

¹³³ Ebd., S. 247.

¹³⁴ BA, RWM, R 7 XII/98: Mines de Bor-Konsortium an RWM und RFM, 18. 8. 41. Bei solchen Erwerbungen in besetzten Ländern wurde der Kaufpreis der Aktien in der Regel auf der Grundlage der amtlichen Börsenkurse festgesetzt. Einzig der Wechselkurs der meist überbewerteten Reichsmark bot den Interessenten einen gewissen Vorteil (vgl. O. Ulshöfer, *Einflußnahme auf Wirtschaftsunternehmen in den besetzten nordwest- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, insbesondere der Erwerb von Beteiligungen [Verflechtung]*, Tübingen 1956, S. 139).

¹³⁵ BA, RWM, R 7 XII/98: Mines de Bor-Konsortium an RWM und RFM, 18. 8. 41.

¹³⁶ Zit. bei H. Radandt, *Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld*, S. 249.

Preußische Staatsbank für das gesamte Aktienkapital der Mines de Bor 2 Milliarden francs, also 105 Millionen Reichsmark, aufzuwenden haben würde¹³⁷.

Die Preußische Staatsbank kaufte von nun an sämtliches Material, das von Bor-Aktionären an der Pariser Börse angeboten wurde, zum Festgebot von 3500 ffrs = 175 RM auf. Diese Übernahmeaktion setzte sich auch ungehindert fort, nachdem Serbien längst von den deutschen Truppen besetzt war und es eines rechtmäßigen Besitzwechsels garnicht mehr bedurft hätte, um die Kupfervorkommen in eigener Regie auszubeuten. Schon im August 1941 war der deutsche Kapitalanteil auf 76 vH.¹³⁸, bis Ende 1942 auf 81,8 vH.¹³⁹ erhöht worden. Von Januar bis August 1943 wurden weitere 217¹⁴⁰, vom 1. 1. bis 31. 12. 1944, also buchstäblich bis zum letzten Moment, noch einmal 210 Stück¹⁴¹ angekauft – ein wahrhaft eindrucksvolles Beispiel kaufmännischer Gewissenhaftigkeit! Der Sitz der Gesellschaft, die nun „Bor Kupferbergwerke und Hütten AG“ firmierte, wurde 1943 nach Straßburg verlegt¹⁴².

Es bestand jedoch nicht die Absicht, die Bergwerke von Bor als staatlichen Regiebetrieb zu führen. Die Aktien sollten einem Konsortium überlassen werden, das zu gleichen Teilen aus der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (Preußag), der Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eisleben, und der schon vor dem Krieg von deutscher Seite mit öffentlichen Mitteln gegründeten¹⁴³ „Jugomontan“-Gesellschaft, Belgrad, zusammensetzte. Der Geschäftsführer der Jugomontan, Generalkonsul Neuhausen, nach dem Einmarsch in Jugoslawien zum Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien avanciert, wurde nun auch als Verwaltungsratspräsident der Mines de Bor eingesetzt¹⁴⁴, um den Interessen des Reiches ein angemessenes Gewicht zu verleihen.

Doch die Konsorten stimmten schon in der ersten grundsätzlichen Frage, dem angemessenen Übernahmepreis, mit den zuständigen Reichsbehörden nicht überein. In einer ausführlichen Denkschrift¹⁴⁵ an die mit der Angelegenheit befaßten Minister machten sie deutlich, daß nach ihrer Überzeugung das Reich mit seinem dringenden Interesse, das jugoslawische Kupferbergwerk möglichst vollständig in deutsches Eigentum zu überführen, einen weit überhöhten Kurs für die Bor-Aktien bezahlt habe, der sich nur politisch rechtfertigen ließe. Für die beteiligten Unter-

¹³⁷ BA, RWM, R 7 XII/100: Ausarbeitung des Reichsfinanzministerium vom Januar 1942; H. Radandt, a. a. O., S. 247.

¹³⁸ BA, RWM, R 7 XII/98: R. Stahl (Reichsgruppe Industrie) an Reichsfinanzminister, 7. 8. 41.

¹³⁹ BA, RWM, R 7 XII/102: Preußische Staatsbank an Preuß. Finanzminister, 6. 8. 43.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd., Preußag an Reichswirtschaftsminister, 22. 1. 45.

¹⁴² BA, RWM, R 7 XII/100: Vertrag zwischen „Reich“ und „Bor“, 15. 5. 43.

¹⁴³ S. Dimitrijević, Das ausländische Kapital . . . , a. a. O., S. 56. Die Jugomontan hatte sich ursprünglich die Erschließung der jugoslawischen Molybdän-Vorkommen zur Aufgabe gemacht. 1941 übernahm die Jugomontan die bereits 1937 vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag untersuchten Blei- und Kupfervorkommen in Buskovo/Montenegro (MWT, Zwischenbericht v. Februar 1941).

¹⁴⁴ BA, RWM, R 7 XII/98: R. Stahl (Reichsgruppe Industrie) an Reichsfinanzminister, 7. 8. 41.

¹⁴⁵ Ebd., Mines de Bor-Konsortium an RWM und RFM, 18. 8. 41.

nehmen jedoch könne kein anderer als der Preis maßgebend sein, der sich auf Grund des Zeitwerts der Anlagen und der zu erwartenden Rentabilität ergäbe.

Eine Bewertung der Mines de Bor hatten Mansfeld AG und Preußag bereits im März 1941 durchgeführt¹⁴⁶. Man war dabei von einer gewinnbaren Roherzmenge von 13 Millionen t ausgegangen, die etwa 450 000 t ausbringbares Kupfer enthielt. Nach Ansicht der Prüfer war der Grubenbetrieb auf eine Höchsförderung von 1 Million t jährlich zugeschnitten, was der Kupfererzeugung der vorangegangenen Geschäftsjahre entsprach. Legte man den derzeit von der Reichsstelle für Metalle vergüteten Kupferpreis von 735 RM per t¹⁴⁷ zugrunde, so ergab sich ein Wert der gesamten Anlagen von 52,5 Millionen Reichsmark¹⁴⁸. Das Reich hatte das Kupferbergwerk Bor somit von den Aktionären für eine Summe erworben – und erwarb es noch – die den wirtschaftlich zu rechtfertigenden Preis um 100 vH. überstieg!

Eine im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Bor-Konsortium vorgenommene Untersuchung des Reichswirtschaftsministeriums¹⁴⁹ wie auch ein im Auftrag der Regierung erstelltes Gutachten der Deutschen Revisions- und Treuhand AG¹⁵⁰ kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Konsorten mit den Reichsbehörden auf einen Kaufpreis von 60 Millionen Reichsmark, umgerechnet auf 100 vH. des Aktienkapitals¹⁵¹, was einem Preis pro Aktie von 100 Reichsmark entsprach¹⁵². Die Papiere wurden jeweils nach Erwerb durch die Preußische Staatsbank von den Gesellschaftern zu je einem Drittel übernommen. Die Differenz zwischen dem Ankaufskurs und dem endgültigen Übernahmepreis von 75 Reichsmark pro Aktie oder 45 Millionen Reichsmark für das gesamte Kapital einschließlich der noch zu erwerbenden Anteile war vom Reich als „politische Spitze“ zu tragen¹⁵³. Jedoch sollte dieser der Öffentlichen Hand entstehende Verlust durch einen Besserungsschein, also mittels einer beträchtlichen Beteiligung des Reiches an den zukünftigen Gewinnen, abgedeckt werden¹⁵⁴.

¹⁴⁶ Ebd., Berichte über die Besichtigung der Betriebe der Mines de Bor, 16. 4., 23. 4. und 9. 5. 41.

¹⁴⁷ Dieser Preis entsprach ungefähr der damaligen Weltmarktnotierung. US-Kupfer kostete im Juli 1939 10,2 c, im Oktober 39 in folge der weltweiten Vorratskäufe 12,63 c p. lb. Der Preis schwächte sich dann bis zum Sommer 1940 wieder etwas ab (Reichs-Kredit-Gesellschaft AG Berlin: Preise, Währungen und Gütertausch in Europa und Übersee, Januar 1941, S. 10).

¹⁴⁸ Auf die Abhängigkeit der Bewertung von der nicht übersehbaren Entwicklung der Lohnkosten und der Kupferpreise innerhalb der auf 15 bis 15 Jahre geschätzten Betriebszeit wurde hingewiesen (BA, RWM, R 7 XII/98: Besprechung wegen Kaufverhandlungen, 16. 2. 42).

¹⁴⁹ Ebd., Gutachten R. Stahl (Reichsgruppe Industrie), 20. 6. 42.

¹⁵⁰ BA, RWM, R 7 XII/100: Gutachten der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Berlin, 31. 7. 42.

¹⁵¹ BA, RWM, R 7 XII/98: Reichswirtschaftsminister an Konsorten, 12. 11. 42.

¹⁵² Dieser Preis wurde bis zuletzt von den Gesellschaftern angelegt (BA, RWM, R 7 XII/102: Preußag an RWM, 22. 1. 45).

¹⁵³ BA, RWM, R 7 XII/102: RWM an Preußag, 12. 8. 43.

¹⁵⁴ Vom Reingewinn wurde zunächst eine Verzinsung des Gesellschafterkapitals in Höhe von

Schwierigkeiten im zerschlagenen Jugoslawien

So war der Anteil deutscher Firmen an den ausländischen Kapitalgebern der jugoslawischen Wirtschaft zwar gestiegen¹⁵⁵, aber von einer wesentlichen Zurückdrängung der englischen, französischen, belgischen oder tschechischen Unternehmen konnte kaum die Rede sein. Die Reichsregierung leistete zwar den Unternehmen, die sich bemühten, Balkan-Beteiligungen von Konzernen aufzukaufen, die in nun von deutschen Truppen besetzten Gebieten domizilierten, moralische und finanzielle Hilfestellung¹⁵⁶. Doch die Erfolge waren – von der Übernahme der Mines de Bor abgesehen – bescheiden¹⁵⁷. Das Reichswirtschaftsministerium verwahrte sich dagegen, daß auf Unternehmen in besetzten Ländern in irgendeiner Weise Druck ausgeübt wurde und wies die deutschen Interessenten an, Kaufverhandlungen ausschließlich „auf kommerzieller Basis“ zu führen¹⁵⁸.

Dieses geradezu behutsame Vorgehen¹⁵⁹ folgte aus der Erkenntnis, daß man auf den guten Willen der Wirtschaftskreise in den Besatzungsgebieten zur Zusammenarbeit angewiesen war und die meist international verflochtenen, mit engen Bezie-

6 v. H. abgezogen. Vom verbleibenden Überschub erhielt das Reich einen mit der Gewinnhöhe zunehmenden Anteil (50 v. H. von den ersten 2 Mio., 60 von der 3., 70 von der 4. und 80 von der 5. und weiteren Mio.), bis die Kaufpreisdifferenz zuzüglich 4,5 v. H. Zinsen abgedeckt war. Dann sollte der Gewinnanteil des Reiches um die Hälfte vermindert werden; BA, RWM, R 7 XII/98: Reichswirtschaftsminister an Konsorten, 12. 11. 42.

¹⁵⁵ Der Anteil deutschen Kapitals an den gesamten Auslandsinvestitionen in Jugoslawien war mit dem Anschluß Österreichs auf 6,77 v. H., nach der Eingliederung des Sudetenlandes auf ungefähr 13 v. H. angewachsen (R. W. Krugmann, *Südosteuropa und Großdeutschland, Entwicklung und Zukunftsmöglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen*, Breslau 1939, S. 89) und nahm damit nach dem französischen (1937: 16,99 v. H.) und englischen Kapital (14,06) die 3. Stelle ein (Deutschland und Südosteuropa, S. 127). Die Hinzurechnung des tschechischen Anteils nach der Besetzung dieses Landes (Ebd., S. 127; A. Basch, a. a. O., S. 205; u. a.) ist nur bedingt richtig, da eine absolute Kontrolle der meist international verflochtenen tschechischen Unternehmen nicht gegeben war.

¹⁵⁶ IFZ, Dok. NI 1944: Streng vertrauliches Schreiben des Reichswirtschaftsministers an verschiedene Banken, 24. 10. 40; NAW, T 301/143/NI 10717: Streng vertrauliches Protokoll der Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie, 3. 10. 40.

¹⁵⁷ O. Ulshöfer (a. a. O., S. 140 ff.) nennt als wesentliche Ursache für das geringe Ausmaß der Verflechtung zwischen der deutschen Industrie und Firmen in den besetzten Gebieten auch den Meinungsumschwung in ausländischen Wirtschaftskreisen, die zunächst unter dem Eindruck der deutschen militärischen Erfolge eine engere Verbindung mit dem Reich für die Nachkriegszeit als nützlich erachteten, mit der Wende des Krieges aber zurückhaltender wurden.

¹⁵⁸ D. Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945*, Bd. I, Berlin (Ost) 1971, Anhang: Dokumente zur „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“, Nr. VI, 1: Aktennotiz v. Ministerialdirigent G. Schlotterer (RWM), 16. 9. 40.

¹⁵⁹ Im Reichswirtschaftsministerium wurde 1940 euphemistisch die Zielvorstellung einer europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung proklamiert, wo „den anderen Völkern in diesem Raum ein Platz eingeräumt wird, in dem sie leben können, in dem sie sich entwickeln können, in dem sie sich wohlfühlen und in dem auch ihre eigenen Interessen zu Worte kommen“; NAW, T 301/143/NI 10717: Streng vertrauliches Protokoll der Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie (Ansprache Dr. Schlotterer, RWM), 3. 10. 40.

hungen zu den noch neutralen Staaten ausgestatteten Konzerne angesichts der hohen Einfuhrabhängigkeit Deutschlands nicht vergrämen durfte.

In der geplanten Neuordnung Europas war den Rohstoffländern des Südostens ein weniger bevorzugter Rang zugedacht als den westlichen Industriegesellschaften. Die unterentwickelten Balkanvölker glaubte man an strafferen Zügeln führen zu müssen¹⁶⁰. Doch in Anbetracht der guten politischen Beziehungen zu den südosteuropäischen Staaten, deren Ausbruch aus dem deutschen Machtbereich nicht mehr denkbar war, von denen aber auch jeder auf seine Weise durch die Anlehnung an die wiedererstandene, Erfolg auf Erfolg türmende Großmacht zu profitieren hoffte, wäre es ganz unvorteilhaft gewesen, die völlige Botmäßigkeit mit militärischen Mitteln erzwingen zu wollen, dabei Krisenherde zu schaffen und den Widerstand der Bevölkerung gegen sich aufzubringen¹⁶¹.

Der Balkanfeldzug vom April 1941, nach dem mißglückten italienischen Angriff auf Griechenland und dem Offiziersputsch in Belgrad zur Sicherung der deutschen Versorgungsbasis in Südosteuropa für notwendig gehalten¹⁶², war nicht nur wegen der Verschiebung des Überfalls auf die Sowjetunion ein folgenschwerer Betriebsunfall. Im besetzten und zerschlagenen Jugoslawien war das eingetreten, was man eben gerade vermeiden wollte: der latente, schließlich auch offene und immer störender werdende Widerstand der Bevölkerung.

Das niedergeworfene Jugoslawien wurde von seinen Nachbarstaaten wie ein Stück Beute zerrissen. Italien sicherte sich die Kontrolle über die gesamte Adriaküste. Ungarn wurde für seine Teilnahme am Feldzug mit der Bačka entlohnt. Bulgarien erhielt das westliche Mazedonien, den Rest dieses an Bodenschätzen besonders reichen Gebietes schlug man dem italienisch beherrschten Albanien zu. Das verkleinerte Serbien unterstand trotz eigener Verwaltung durch das Kabinett des „serbischen Pétain“, General Nedić, den Weisungen der deutschen Besatzungsbehörden. In dem um Bosnien und Herzegowina erweiterten Kroatien aber durfte der „Poglavnik“ Ante Pavelić einen „Unabhängigen Staat Kroatien“ ausrufen, der in Wirklichkeit auch nur eine Marionette der Achsenmächte war, doch im Vergleich zu Serbien eigene diplomatische Vertretungen, eine reguläre Armee und andere Privilegien besaß. Der Unterschied war deutlich: das angeblich immer schon Frankreich zugeneigte Serbien wurde als besiegter Kriegsgegner, das deutschfreundliche Kroatien unter dem Ustašaführer als verdienter Verbündeter behandelt¹⁶³.

¹⁶⁰ IfZ, Dok. EG 121: Secret note on conference with Funk, re. economic reorganization of Europe, 22. 7. 40.

¹⁶¹ Die strategischen Interessen Hitlers in Südosteuropa beschränkten sich auf die für den Rußlandfeldzug notwendige Sicherung der „Südostflanke“, die so lange wie möglich durch eine kräftesparende Bündnispolitik erreicht werden sollte. Vgl. L. Gruchmann, Die ‚verpaßten strategischen Chancen‘ der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940/41, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 466 ff.

¹⁶² ADAP, Serie D, Bd. XI, 2, Dok. Nr. 369: Der Führer an den Duce, 20. 11. 40. Vgl. auch L. Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg, Kriegführung und Politik, München 1971, S. 109 ff.

¹⁶³ Vgl. R. L. Wolff, a.a.O., S. 201 ff.; J. Matl, Jugoslawien im zweiten Weltkrieg, in W. Mar-

Mit Kroatien schloß das Reich bereits am 16. Mai 1941 ein Wirtschaftsabkommen, das die „unbeschränkte Ausbeutung industrieller Rohstoffe“ durch deutsche Firmen und den Export ins Reich sicherstellen sollte¹⁶⁴. Die äußerste Forcierung der Ausfuhren aus den Landesteilen des ehemaligen Jugoslawien trug dazu bei, die schwerwiegenden Knappheitserscheinungen auf dem Ernährungssektor zu verschärfen. Die Preisbewegung geriet den Wirtschaftsverwaltungen der neuen Staaten völlig aus den Händen. Da die Nationalbanken verpflichtet waren, die Forderungen der Exporteure ihres Landes im Verrechnungsverkehr mit Deutschland unbegrenzt zu bevorschussen – andernfalls wären die überwiegend aus der Landwirtschaft stammenden Lieferungen infolge Kapitalmangels zum Erliegen gekommen – beschleunigte der wachsende Clearingsaldo zugunsten Kroatiens und Serbiens¹⁶⁵ die inflationistischen Steigerungen der Binnenpreisniveaus.

Die jugoslawische Regierung hatte schon 1940 Preiskontrollen eingeführt, Spekulanten mit Zwangsarbeit bedroht und die Bauern einem Ablieferungszwang unterworfen¹⁶⁶. Das neue kroatische Kabinett versuchte, die Entwicklung durch scharfe Preisordnungsmaßnahmen in den Griff zu bekommen, bewirkte jedoch lediglich, daß ein gespaltenes Preissystem auf behördlich geregelten Märkten einerseits und überall aufblühenden Schwarzmärkten andererseits entstand. Die kroatischen Bauern erzielten 1942/43 im freien Verkauf für Weizen das Zehnfache, für Mais das Fünfzehnfache und für Hafer das Dreißigfache der staatlichen Ankaufpreise¹⁶⁷. Um den Export aufrechtzuerhalten, mußte die Regierung und damit ihre ausländische Kundschaft der rasanten Verteuerung Rechnung tragen.

Doch die unwillkommene Entwicklung der kroatischen Ausfuhrpreise wurde

kert (Hg.), *Ostmitteleuropa-Handbuch Jugoslawien*, Köln 1965, S. 103 ff.; auch M. Broszat, *Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen*, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 247, der darauf hinweist, daß die Souveränität Kroatiens zunehmend schrumpfte und der Ustasastaat sich seit 1943 kaum noch von anderen Besatzungsgebieten unterschied. Vgl. auch L. Hory u. M. Broszat, *Der Kroatische Ustascha-Staat 1941–1945*, Stuttgart 1965, S. 122 ff.

¹⁶⁴ L. Hory u. M. Broszat, a. a. O., S. 69 f. Auch in der Versorgung mit deutschen Industriegütern war Kroatien besser gestellt als Serbien. Bis 1943 überragten die deutschen Ausfuhren nach Kroatien die Gegenlieferungen wesentlich, 1943 machten sie das Dreifache aus. Serbien dagegen lieferte regelmäßig mehr an Gütern als es aus Deutschland erhielt. BA, RWM, R 7 XII/12: Warenverkehr im Jahre 1941; ebd., R 7 XII/11: Sondernachweis „Der Außenhandel Deutschlands“, Ergänzungsheft 1945.

¹⁶⁵ Das Guthaben Serbiens bei der deutschen Verrechnungskasse nahm schon bis Ende 1941 um 52,4 Millionen RM, dasjenige Kroatiens nur um 23,8 Mio. RM zu. BA, RWM, R 7 XII/12: Neuverschuldung und Schuldentilgung im Verrechnungsverkehr.

¹⁶⁶ Vgl. M. Lamer, *Kriegswirtschaftliche Einflüsse in Jugoslawien*, a. a. O., S. 129 ff.

¹⁶⁷ IfZ, Micro-copy No. T-71/51/MA 124: Die Preisentwicklung in Kroatien seit April 1941 und ihre Bestimmungsgründe, Deutsches Wissenschaftliches Institut Zagreb an Südosteuropa-Gesellschaft, 23. 5. 43. Ähnlich unwirksam waren die Preiskontrollen in Serbien, dessen Versorgungslage durch den Flüchtlingsstrom aus Kroatien verschärft wurde. Vgl. A. D. Bilimovich, *Agriculture and Food in Yugoslavia before, during and after World War II*, in: S. D. Zagoroff u. a. (Hg.), *The Agricultural Economy of the Danubian Countries 1935–45*, Stanford, Cal. 1955, S. 332 ff.

auch dem italienischen Verbündeten angelastet, den man des Versuchs bezichtigte, zu Preisen aufzukaufen, die weit über den deutschen Geboten lagen¹⁶⁸. Auch deutsche Exporteure beklagten sich, daß ihr Absatz durch „übernormale Preisunterbietungen“ italienischer Mitbewerber behindert werde¹⁶⁸.

Wesentlich lästiger war den deutschen Behörden die Aktivität Italiens im kroatischen und serbischen Bergbau, worüber die Beschwerden deutscher Unternehmen sich im Reichswirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt häuften. Den „Unabhängigen Staat Kroatien“ hatten Deutschland und Italien zwar unter sich in zwei Interessenzonen aufgeteilt¹⁷⁰, doch das Reich beanspruchte den Löwenanteil der Bergwerksproduktion des gesamten Landes für sich. Italienische Firmen, die an kroatischen Erzlagerstätten interessiert waren, wurden vom Sicherheitsdienst der SS, offenbar im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums, regelrecht bespitzelt. So meldete der SD im November 1941, daß die Firma Finsider und ihre Tochtergesellschaften von kroatischen Konzessionären Optionen für den Abbau von Mangan-, Mangan- und Eisenerzlagern erwerbe¹⁷¹.

Die im Bergbau der italienischen Interessenzone Kroatiens tätigen deutschen Unternehmen fühlten sich vom italienischen Militär nur unvollkommen vor den Störaktionen aufständischer Einheiten geschützt¹⁷², wozu die eigenartige Zusammenarbeit der Heeresdienststellen des Achsenpartners mit einem Teil der irregulären Truppen beitrug.

Schon während der Besetzung Jugoslawiens hatten sich zwei Untergrundarmeen gebildet, die kaum Kontakte miteinander unterhielten und sich schließlich offen bekämpften: die Četnici des von der Londoner Exilregierung zu ihrem Generalstabschef ernannten Oberst Draža Mihajlović und die Partisanen unter Führung der kommunistischen Partei Titos.

Beide Gruppen versuchten, die Tätigkeit deutscher Firmen auf jugoslawischem Boden durch Sabotageakte zu behindern. So wurde die der Afrika-Bergbau, Berlin, gehörende Blei-Zinkgrube Šuplja Stijena in der Nähe von Foča schon im Juli 1941 durch Četnici überfallen und geplündert¹⁷³. Ein in das Gebiet beordneter Vertreter der Firma war nicht in der Lage, die Grube zu erreichen, konstatierte aber mit Empörung, die einer gewissen Komik nicht entbehrt, daß die Aufständischen das Dynamit aus dem Lager der Afrika-Bergbau an die Bauern der Umgebung zum

¹⁶⁸ IfZ, Micro-copy No. T-71/51/MA 124: Deutsche Handelskammer in Kroatien an die Südosteuropa-Gesellschaft, Wien, 1. 12. 42.

¹⁶⁹ NAW, T 501/140/NI 5961: Bericht der Wirtschaftspol. Abteilung (IG Farbenindustrie AG), 10. 6. 41.

¹⁷⁰ Vgl. W. Markert (Hg.), Osteuropa-Handbuch Jugoslawien, Karte und Erläuterungen S. 104; L. Hory u. M. Broszat, a. a. O., S. 65 f.

¹⁷¹ BA, RWM, R 7 XII/94: Bericht des SD, 27. 11. 41.

¹⁷² Ebd., So-Bbeauftragter f. Bauxit in Kroatien an Reichsminister für Bewaffnung und Munition (RMBuM), 18. 12. 42.

¹⁷³ BA, RMW, R 7 XII/97: Afrika-Bergbau, Berlin, an RWM, 7. 8. 41.

Fischefangen verkaufte¹⁷⁴. Šuplja Stijena war im Januar 1942 immer noch von den Četnici besetzt¹⁷⁵.

Das italienische Oberkommando hoffte, von der Gegnerschaft zwischen Četnici, der gegen das Hegemoniestreben Italiens rebellierenden Ustaša und den kommunistischen Partisanen zu profitieren, indem es den Einheiten des Oberst Mihajlović Unterschlupf gewährte, ja sogar Četnikverbände aufstellen half und sie großzügig mit Waffen versorgte¹⁷⁶. Von den Italienern geschützte und belieferte Truppen sprengten dafür unter anderem wiederholt die für die deutschen Bauxittransporte äußerst wichtige Bahnlinie Mostar-Dubrovnik¹⁷⁷.

Die italienische Regierung verfolgte das Ziel, in Jugoslawien endgültige, auch von einem künftigen Friedensvertrag anzuerkennende politische Machtpositionen aufzubauen. Dabei konnte das Bestreben deutscher Unternehmen, im Bergbau Dalmatiens, Montenegros und Mazedoniens Fuß zu fassen, Erschließungsarbeiten zu betreiben und Investitionen vorzunehmen, die langfristige Besitzrechte voraussetzten, nur stören. Mussolini fühlte sich durch die nahezu vollständige Integration der kroatischen Wirtschaft in den Versorgungsraum der deutschen Rüstungsindustrie überfahren¹⁷⁸. Doch die Rohstoffvorkommen des ehemaligen Jugoslawien wurden mit Fortschreiten und Ausufern des Krieges für das Deutsche Reich immer unentbehrlicher.

Kroatien und die deutsche Kriegswirtschaft

Von den Bodenschätzen des zerschlagenen Landes befanden sich fast die gesamten bekannten Vorkommen an Eisenerz und Bauxit, aber auch die erhofften Mineralöl- und Erdgaslager in Kroatien¹⁷⁹. Die mehr als 600 000 t jährlich geförderten Eisenerzes stammten zum größten Teil aus den Bergwerken Ljubija und Vareš, deren noch kaum erschlossene Vorräte zusammengenommen auf etwa 100 Millionen t geschätzt wurden. Einheimische Hüttenbetriebe verarbeiteten ungefähr ein Drittel der Förderung selbst. Das von der Friedr. Krupp AG noch vor dem Krieg erweiterte und modernisierte staatliche Eisenwerk Zenica produzierte ca. 90 000 t Stahl im Jahr¹⁸⁰.

Von den ungefähr 400 000 t jährlich betragenden Eisenexporten hatte Deutschland 1940 erstmals fast 100 000 t bezogen¹⁸¹. Nach dem Balkanfeldzug lieferte Kroatien mehr als 250 000 t im Jahr – die fast ausschließlich aus dem Bergwerk

¹⁷⁴ Ebd., Schreiben v. 8. 9. 41.

¹⁷⁵ Ebd., Schreiben v. 23. 1. 42.

¹⁷⁶ Vgl. L. Hory u. M. Broszat, a. a. O., S. 116 f., 122 ff., 132 f., 159 f.

¹⁷⁷ BA, RWM, R 7 XII/97: Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 23. 1. 43.

¹⁷⁸ Vgl. L. Hory u. M. Broszat, a. a. O., S. 70, 75 f.

¹⁷⁹ BA, RWM, R 7 VII/32: Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens.

¹⁸⁰ BA, RWM, R 7 XII/95: Angaben aus dem Kroatischen Berg- und Hüttenwesen, 26. 5. 44.

¹⁸¹ StJDR 1941/42, S. 335.

Ljubija stammten¹⁸² – an die Hüttenwerke des Protektorats Böhmen und Mähren¹⁸³. Schon Ende 1943 aber mußten die Eisenerztransporte aus Kroatien in das Reich völlig eingestellt werden, da die Bergwerke wiederholt von Partisaneneinheiten erobert, Förderanlagen und Transporteinrichtungen vor ihrer Vertreibung restlos zerstört worden waren¹⁸⁴.

Nach dem Einmarsch versuchten deutsche Unternehmen auf die stahlverarbeitende Industrie Jugoslawiens Einfluß zu gewinnen, die zwar wenig bedeutend war, aber einige kleinere, staatseigene Rüstungsbetriebe umfaßte. Da die Rüstungsproduktion Kroatiens in die deutsche Kriegswirtschaft eingepaßt werden sollte, hatte das OKH die Gebr. Böhler AG, Enzesfeld, beauftragt, die in Frage kommenden Betriebe zu betreuen, eine Anweisung, die mit den Interessen anderer deutscher Firmen kollidieren mußte¹⁸⁵.

Der neue Staat Kroatien reagierte auf die deutschen Bestrebungen, gerade in diesen Industriezweig einzudringen, sehr empfindlich. Als die Dresdner Bank über die Živnostenská banka, Prag, unter anderem auf die Osijeker Eisengießerei und Maschinenfabrik AG Einfluß nahm, wollte die kroatische Regierung dem Übergang der Živno-Beteiligung an der Kroatischen Landesbank¹⁸⁶ in deutsche Hände nur dann zustimmen, wenn die Dresdner Bank auf die damit verbundenen Industrieinteressen verzichte, womit wiederum die Reichsbehörden nicht einverstanden waren¹⁸⁷.

Die Reichswerke Hermann Göring AG hatte gleich nach dem Balkanfeldzug die kroatischen Betriebe der ehemaligen „Jugostahl“ in Hinblick auf einen zukünftigen Erwerb¹⁸⁸ untersucht und deren Tageswert auf 800 Millionen Dinar geschätzt. Die zum Reichswerke-Konzern gehörende Alpine Montan-Betriebe, Linz, behaupteten sogar, ein von der kroatischen Regierung zugestandenes Optionsrecht auf ein Aktienpaket der Jugostahl zu besitzen¹⁸⁹.

Die Reichswerke hatten im Juli 1941 in Serbien die Vistad, Beograd, erworben, deren interessantester Aktivposten die auf kroatischem Gebiet gelegenen Waffenwerke Višegrad darstellten. Doch die Regierung Pavelić erhob auf diesen Betrieb aus dem Besitz des ehemaligen jugoslawischen Staates Anspruch und bestritt die Rechtmäßigkeit des Eigentumsübergangs, soweit Unternehmen der Vistad in Kroatien betroffen waren. Im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft erklärte sich die

¹⁸² BA, RWM, R 7 XII/97: Pro Memoria über Eisenerze, Italien, Ungarn und Rumänien erhielten 1942 aus Ljubija und Vareš je ca. 90 000 t Eisenerz.

¹⁸³ BA, RWM, R 7 XIV/241: Runderlasse des RWM an die Reichsstellen (Zahlungswertgrenzen für die Einfuhr aus Kroatien) 12. 1. 42, 13. 1. 43.

¹⁸⁴ BA, RWM, R 7 XII/95: Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 21. 1. 44.

¹⁸⁵ IFZ, Dok. NI 1915: Deutsche Gesandtschaft Agram an AA, 14. 6. 41.

¹⁸⁶ IFZ, Dok. NI 3946: Presseauschnitte betr. Gründung der Süd-Bank AG (folder Dr. Rasche), 10. 12. 43.

¹⁸⁷ IFZ, Dok. NI 5853: File Note concerning Kroatische Landesbank Agram (folder Dr. Rasche), 14. 6. 41.

¹⁸⁸ IFZ, Dok. NI 1915: Deutsche Gesandtschaft Agram an AA, 23. 7. 41.

¹⁸⁹ IFZ, Dok. NI 1914: Deutsche Gesandtschaft Agram an AA, 28. 6. 41.

Regierung lediglich bereit, bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage den Reichswerken bestimmte Verfügungsrechte in Višegrad zu überlassen. Die deutsche Geschäftsführung sollte sich aber auf die Betreuung der Fertigung von Wehrmächtsaufträgen beschränken¹⁹⁰.

Unter diesen Umständen waren die Reichswerke aber nicht mehr an Vistad interessiert und fochten den Kaufvertrag an, da die serbischen Betriebe dieser Firma sich als unrentabel erwiesen und auf Anordnung des OKW ausgeschlachtet und stillgelegt werden sollten. Göring selbst wurde in dem Streit um Vermittlung gebeten, und es war wohl typisch für das Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Verbündeten in Südosteuropa, daß der Reichsmarschall, der sicher nicht den Ruf besonderer Rücksichtnahme genoß, anordnete, die Frage der Eigentumsübertragung von Višegrad bis zum Kriegsende dilatorisch zu behandeln und gegen eine vorläufige Übergabe der Betriebsführung die dringend benötigte laufende Finanzierung des Werkes durch die Reichswerke anzubieten¹⁹¹.

In Anbetracht des gewaltigen Treibstoffbedarfes für den bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion war die Reichsregierung bestrebt, auch die ausschließlich in Kroatien befindlichen jugoslawischen Mineralö raffinerien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Mehr als 90 vH. der im Jahre 1940 ungefähr 130 000 t betragenden Produktion stellten zwei Firmen, die Standard Oil Corporation of Yugoslavia und die Shell Company of Yugoslavia Ltd.¹⁹². Da die einheimischen Ölquellen noch nicht sprudelten, mußte das zu verarbeitende Rohöl zur Gänze aus Rumänien importiert werden¹⁹³.

Das Reichswirtschaftsministerium ließ schon wenige Tage nach der Kapitulation der jugoslawischen Armee Untersuchungen über die Eigentumsverhältnisse in der Mineralölwirtschaft, die Kapazität der Produzenten und den Eigenbedarf des Landes anstellen¹⁹⁴. Klar war die Situation bei der Shell Co., die zu 100 vH. der N. V. De Bataafsche Petroleum Mij., Den Haag, gehörte¹⁹⁵ und damit den Weisungen der deutschen Besatzungsbehörden in den Niederlanden unterstand¹⁹⁶. Die in die Leitung der Shell Co., die sich jetzt „Kroatische Shell AG“ nannte, delegierten deutschen Vertreter sollten jedoch möglichst im Hintergrund bleiben, um nicht bei den Italienern ähnliche Wünsche auf angemessene Repräsentation zu wecken¹⁹⁷.

¹⁹⁰ IFZ, Dok. NI 1916: Deutsche Gesandtschaft Agram an AA, 25. 7. 41.

¹⁹¹ IFZ, Dok. NI 1918: Reichsmarschall an Auswärtiges Amt, 31. 7. 41.

¹⁹² BA, RWM, R 7 XV/215: Aktennotiz, Landeswirtschaftsamt Salzburg, 28. 4. 41.

¹⁹³ Ebd., Landeswirtschaftsamt Salzburg an RWM, 26. 4. 41.

¹⁹⁴ Ebd., Landeswirtschaftsamt Salzburg an RWM, 26. 4. 41; Bericht über die Lage der Mineralölwirtschaft in Kroatien, Zagreb, 11. 7.(?) 41; BA, RWM, R 7 XV/216: Pro Memoria, Zagreb, 12. 5. 41.

¹⁹⁵ BA, RWM, R 7 XV/215: v. Klass, Den Haag, an Pistauer (LWA Salzburg), 3. 7. 41.

¹⁹⁶ Die Sitzverlegung des N.V. De Bataafsche nach Curaçao war nach niederländischem Recht angeblich ungültig (BA, RWM, R 7 XV/217: H. Pistauer (Landeswirtschaftsamt [LWA] Salzburg) an Deutsche Gesandtschaft, Agram, 29. 7. 41).

¹⁹⁷ BA, RWM, R 7 XV/217: H. Pistauer (LWA Salzburg) an Deutsche Gesandtschaft Agram, 29. 7. 41.

Komplikationen gab es zunächst bei der Standard Oil Co. of Yugoslavia, einer größeren, modernen und gut geleiteten Raffinerie in Bosn. Brod¹⁹⁸. Der Generaldirektor der Standard Vacuum AG, Hamburg, war von den amerikanischen Aktionären bevollmächtigt worden, ihre Interessen in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten wahrzunehmen¹⁹⁹. Für die kroatischen Besitzungen der Standard Oil of New Jersey aber konnte auch die italienische Seite eine Vollmacht vorweisen. Man beeilte sich daher, den Italienern zuvorzukommen und die Beratung der Firma treuhänderisch zu übernehmen, ehe die Konkurrenz ihre Rechte geltend machte. Als Voraussetzung für ein Gelingen dieses Überraschungscoups erachtete man, „daß der deutsche Einfluß nach außen überhaupt nicht in Erscheinung tritt und kroatische Herren in die Leitung berufen werden“²⁰⁰. Die Italiener verzichteten auf die Ausübung ihrer Vollmacht²⁰¹ und der Betreuung des Unternehmens durch die deutsche Standard Vacuum stand nichts mehr im Wege.

Als die kroatische Regierung versuchte, durch Gründung der Monopolgesellschaft Paklina²⁰², der alle Mineralölgesellschaften des Landes beitreten mußten und an der sich der Staat eine Majorität von 60 vH. sicherte, diesen Wirtschaftszweig zu kontrollieren, standen die wichtigen Produzenten der Branche bereits unter deutschem Einfluß.

Die Erschließung einheimischer Mineralölquellen, an der die von deutschen Firmen gegründete „Jugopetrol“ maßgeblichen Anteil hatte, wurde in den Kriegsjahren forciert vorangetrieben. Im 2. Halbjahr 1943 konnten bereits 11 000 t – gegenüber 2000 t im ganzen Jahr 1940 – gefördert werden. Doch schon wenige Monate später wurden die Arbeiten in Kutina empfindlich gestört, da Partisanen die Ölleitung gesprengt, Öltransporte zur Raffinerie in Bosn. Brod vernichtet hatten und ein großer Teil der Beschäftigten wegen der ständigen Überfälle den Arbeitsplätzen fernblieb²⁰³.

Das Belgrader Haus der ehemaligen Jugopetrol, die jetzt Petrol AG firmierte und von der Gewerkschaft Elwerath betreut wurde, besaß Erdölkonzessionen im Banat und stellte dort noch im Sommer 1944 unter großen Materialschwierigkeiten, die erst durch Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums beseitigt werden konnten, einen Bohrturm auf²⁰⁴. Wenige Wochen danach übermittelte Göring einen Befehl aus dem Führerhauptquartier, daß alle verfügbaren Bohrgeräte auf Erdölvorkommen im innerdeutschen Raum konzentriert werden sollten²⁰⁵, wodurch die

¹⁹⁸ BA, RWM, R 7 XV/214: Generaldir. Engel (Standard Vacuum Hamburg) an RWM, 5. 9. 41.

¹⁹⁹ Ebd., RWM an Deutsche Gesandtschaft Agram, 22. 5. 41.

²⁰⁰ Ebd., Landeswirtschaftsamt Salzburg an RWM, 18. 7. 41.

²⁰¹ BA, RWM, R 7 XV/217: H. Pistauer (LWA Salzburg) an Deutsche Gesandtschaft Agram, 29. 7. 41.

²⁰² BA, RWM, R 7 XV/213: Bericht über die Lage der Mineralölwirtschaft in Kroatien, 11. 7. (?) 41 und H. Pistauer (?) an RWM, 6. 11. 41.

²⁰³ BA, RWM, R 7 XII/92: H. Brockhaus an RWM, 8. 6. 44.

²⁰⁴ Ebd., Generalbevollmächtigter für den Metallergbergbau Südost, Belgrad, an RWM, 27. 7. 44 und Antwort RWM, 5. 8. 44.

²⁰⁵ Ebd., Beauftragter für den Vierjahresplan an GB Metallergbergbau Südost, 25. 8. 44.

Erschließungsarbeiten deutscher Unternehmen in den südosteuropäischen Erdölfeldern beendet wurden.

Die Bauxitvorkommen des ehemaligen Jugoslawien befanden sich zur Gänze in der italienischen Interessenzzone des neuen Staates Kroatien. Die reichsten Lagerstätten wiesen das dalmatinische Festland und die Herzegowina auf, die aktiven Bergwerke waren um die Stadt Mostar und in der Gegend von Drniš konzentriert. Die deutsche Wirtschaft beanspruchte den gesamten Ertrag der Bauxitgruben für sich. Lediglich die Erzeugung der Aluminiumfabrik Lozovac überließ man Italien²⁰⁶. Der Übernahmepreis für das Bauxit wurde in bestimmten Abständen zwischen dem deutschen und dem kroatischen Regierungsausschuß ausgehandelt, wobei der Bedeutung des Lieferanten durch wiederholte Preiserhöhungen Rechnung getragen werden mußte²⁰⁷.

Der Aufbau einer Verarbeitungsindustrie im Bauxitgebiet von Mostar wurde von mehreren deutschen Unternehmen geplant²⁰⁸. Die Hansa-Leichtmetall AG hatte sich für die beabsichtigte Errichtung einer Aluminiumfabrik bei Imotski auch bereits die notwendigen Energiequellen gesichert. Kurz nach dem Balkanfeldzug erwarb die Firma vom Großaktionär der ODU (Opskrba Dalmascija Ugljenom), der „Gesellschaft zur Versorgung Dalmatiens mit Kohle“, die einen langfristigen Pachtvertrag für die nahegelegenen Kohlevorkommen von Livno und Duvno besaß, für 42 Millionen Dinar 76 vH. des Aktienkapitals²⁰⁹.

Doch im Sommer 1941 erklärte die neue kroatische Regierung alle langfristigen Verträge und Konzessionen bergrechtlicher Art, die mit dem ehemaligen jugoslawischen Staat abgeschlossen worden waren, sowie die nach dem 9. 4. 1941 getätigten Aktienverkäufe an Ausländer für ungültig. Während es offenbar ohne weiteres möglich war, neue Pachtverträge zu erhalten, genehmigte die Regierung in Zagreb den Aktienkauf der Hansa-Leichtmetall nicht²¹⁰.

Nun gab die Firma auch den geplanten Fabrikbau auf und beabsichtigte, ihre Kohle- und Bauxitinteressen wieder abzustoßen²¹¹. Damit verursachte sie eine geschäftige Aktivität des Reichswirtschaftsministeriums, das verhindern wollte, daß der wertvolle Bergwerksbesitz an einen italienischen Konzern geriet. Einen fremden wirtschaftlichen Einfluß – und sei es der einer verbündeten Macht – glaubte man in dem für die Versorgung der deutschen Alu-Industrie so wichtigen kroatischen Bauxitbergbau nicht zulassen zu dürfen²¹². Die Aufregung legte sich erst, als die Besitzrechte der Hansa-Leichtmetall von der Vereinigte Aluminium-Werke

²⁰⁶ BA, RWM, R 7 VII/32: Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens.

²⁰⁷ BA, RWM, R 7 XIV/241: Runderlaß des RWM an die Reichsstellen, 11. 5. 44.

²⁰⁸ u. a. auch vom Berghaus-Konzern, Leipzig, noch im Frühjahr 1943 (BA, RWM, R 7 XII/97: WO Agram, 12. 5. 43).

²⁰⁹ BA, RWM, R 7 XII/95: Rechtsstreit über die Kohlevorkommen Livno-Duvno, 3. 10. 42; Vergleichsangebot Ante Kaic, 10. 9. 42.

²¹⁰ Ebd., Rechtsstreit über die Kohlevorkommen Livno-Duvno, 3. 10. 42.

²¹¹ BA, RWM, R 7 XII/97: Aktenvermerk, 30. 10. 42; RWM, R 7 XII/95: Auswärtiges Amt an RWM, 8. 5. 43.

²¹² Ebd., RWM an Auswärtiges Amt, 11. 1. 43.

AG, die ebenfalls die Errichtung einer Tonerdefabrik bei Mostar im Auge hatte²¹³, übernommen wurden²¹⁴.

An einem Ausbau der Bauxitgruben um Mostar bestand aber auch deshalb so großes Interesse, weil das Drniš-Gebiet seit Frühjahr 1942 immer häufiger von den Partisanen heimgesucht worden war²¹⁵. Die kommunistische Aufständischenarmee hatte im Laufe des Jahres 1942 ihre Tätigkeit überall in Kroatien verstärkt und erhielt großen Zulauf aus der Bevölkerung, wozu die Ustaša-Massaker an den Serben, die brutalen deutschen Vergeltungsaktionen für Sabotageakte, die Aushebung von Arbeitspflichtigen und die sich ständig verschlechternde Nahrungsmittelversorgung beitrugen. Aus dem Raum Mostar hatten deutsche Truppen die Aufständischen im Winter 1942/43 verdrängt und die dortigen Bergwerke militärisch ausreichend gesichert²¹⁶.

Da die Gruben in der Herzegowina verkehrsmäßig noch kaum erschlossen waren²¹⁷, wurde die Organisation Todt beauftragt, durch den Bau entsprechender Eisenbahnanlagen den Abtransport des Bauxits von den Bergwerken über Mostar zu ermöglichen und die von den Partisanen gründlich zerstörte Strecke von Mostar nach Sarajevo²¹⁸ wieder herzustellen.

Die kroatische Regierung weigerte sich im Herbst 1942, der Organisation Todt weitere Kredite zur Verfügung zu stellen und mehr als 20 vH. der Kosten des Bahnbaus zu übernehmen²¹⁹. Um den Fortgang der Arbeiten zu gewährleisten, sprang die Vereinigte Aluminium-Werke AG mit 1 Million Reichsmark ein. Das Reichsfinanzministerium gewährte den an der Ausbeutung der Bauxitgruben beteiligten deutschen Firmen schließlich ein rückzahlbares Darlehen von 10 Millionen Reichsmark zur Finanzierung dieser Verkehrsinvestitionen²²⁰, stellte jedoch zur Bedingung, daß mit Rücksicht auf die zunehmende Clearingverschuldung des Reichs gegenüber Kroatien das benötigte Eisenbahnmaterial weitmöglichst in Deutschland beschafft wurde²²¹.

Bis zur Wiederherstellung der Bahnverbindung nach Sarajevo mußte das Bauxit aus den Gruben um Mostar über die Adria abtransportiert werden. Doch der einzige Schienenstrang zwischen Mostar und Dubrovnik, dem nächstgelegenen funktionsfähigen Adriahafen, wurde von den dort operierenden Četnici immer wieder in die Luft gesprengt²²².

Bis Anfang September 1943 lagen in Kroatien etwa 200 000 t Bauxit auf Lager,

²¹³ Ebd., Aktenvermerk, 30. 10. 42.

²¹⁴ BA, RWM, R 7 XII/95: RWM an OKW, 19. 7. 43.

²¹⁵ BA, RWM, R 7 XII/97: Wehrwirtschaftsstab Südost an RWM, 25. 5. 43.

²¹⁶ Ebd., Hansa-Leichtmetall AG, Aktennotiz, 8. 5. 43; BA, RWM, R 7 XII/95: Vermerk über Bauxitgruben von Mostar, 19. 3. 43.

²¹⁷ BA, RWM, R 7 XII/95, RWM an OKW, 19. 7. 43.

²¹⁸ Ebd., Vermerk über Bauxitgebiet von Mostar, 19. 3. 43.

²¹⁹ BA, RWM, R 7 XII/97: Reichsfinanzminister an RWM, 7. 12. 42.

²²⁰ BA, RWM, R 7 XII/95: Aktenvermerk, 7. 4. 43.

²²¹ BA, RWM, R 7 XII/97: Reichsfinanzminister an RWM, 7. 12. 42.

²²² Ebd., Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 23. 1. 43.

die nicht abtransportiert werden konnten²²³. Der Bahnverkehr über Sarajevo nach Bosn. Brod war zwar im August wieder aufgenommen worden, doch die Bosnabahn schaffte wegen Waggonmangels noch nicht einmal die Hälfte der im Mostarbecken täglich geförderten 800 bis 1000 t²²⁴.

An der Neretvamündung unterhalb von Mostar baute die Organisation Todt mit deutschen öffentlichen Mitteln den Hafen Ploče²²⁵, der im Herbst 1943 in Betrieb genommen werden sollte. Nach der Kapitulation Italiens wurden die fast fertigen Anlagen jedoch von den aus Dalmatien abziehenden italienischen Truppen zerstört²²⁶. Die Wiederaufbauarbeiten verzögerten sich. Die Eisenbahnstrecke von Mostar nach Ploče war fast jede Nacht vermint, das Personal verweigerte wiederholt den Dienst. Da die Neretvamündung fast ununterbrochen beschossen wurde, konnte man Ploče auch nicht mehr auf dem Wasserweg erreichen²²⁷.

Im ersten Halbjahr 1943 waren über die Adria noch fast 100 000 t Bauxit verschifft worden²²⁸. Ende des Jahres funktionierte nur noch der Abtransport geringer Mengen mit kleinen Küstenschiffen aus Šibenik²²⁹. Die übrigen Häfen der dalmatischen Küste – Split, Dubrovnik und Zelenika – konnten wegen ständigen Feindfeuers überhaupt nicht mehr angelaufen werden²³⁰. Die gesamte Adriaküste wurde von den Jagdbombern der Alliierten beherrscht.

Im ganzen Jahr 1942 waren nur ungefähr 200 000 t Bauxit aus Kroatien an Verarbeiter im Reich geliefert worden²³¹. Im Jahr darauf lag die Ziffer eher noch darunter. Dabei wurde die Kapazität der kroatischen Bauxitgruben auf über 500 000 Jahrestonnen geschätzt, die auf dem Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion 1943/44 immerhin ein Drittel des Bedarfs der Aluminiumindustrie hätten decken können²³². Ein Engpaß konnte durch gesteigerte Lieferungen aus Ungarn zwar vermieden werden. Trotzdem hatten die Transportschwierigkeiten in Kroatien für manchen deutschen Kunden recht unangenehme Folgen. So war zum Beispiel die Tonerdefabrik Martinswerk GmbH, Bergheim/Erft, verpflichtet, die gesamte Förderung der Ugrovaca-Minen AG, Zagreb, ab Grube zu übernehmen und im Wege des deutsch-kroatischen Clearings zu bezahlen, obwohl sie nie wußte, wann und wieviel überhaupt geliefert werden konnte²³³.

²²³ BA, RWM, R 7 XII/95: Vermerk über Bauxitbergbau in Kroatien, 8. 9. 43.

²²⁴ Ebd., Vermerk, 5. 11. 43.

²²⁵ Ebd., Auswärtiges Amt, Besprechungsprotokoll, 15. 5. 43. Die kroatische Regierung hatte sich zunächst bereiterklärt, für diesen Hafenbau das Eisenbahnmateriale zu stellen, wenn Ploče kroatisch bliebe. Da italienische Dienststellen als Bauherren auftraten, zogen die Kroaten ihr Angebot wieder zurück (Ebd.).

²²⁶ Ebd., Vermerk, 5. 11. 43.

²²⁷ Ebd., Organisation Todt (OT) an RWM, 18. 11. 43.

²²⁸ Ebd., Anlage zum Bericht der Deutschen Gesandtschaft, Zagreb, 9. 8. 43.

²²⁹ Ebd., Vermerk, 5. 11. 43.

²³⁰ Ebd., Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 21. 1. 44.

²³¹ BA, RWM, R 7 XII/97: Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 23. 1. 43.

²³² BA, RWM, R 7 XII/96: Vermerk des Planungsamtes für RM Speer, 28. 10. 44.

²³³ BA, RWM, R 7 XII/97: Aluminium-Industrie-Gemeinschaft Konstanz an RWM, 1. 11. 43.

Auch die Förderung der kroatischen Bauxitgruben ging nun stark zurück. Die katastrophale Ernährungslage²³⁴ der durch die ständigen Sabotageakte, Überfälle und Fliegerangriffe ohnehin demoralisierten²³⁵ Gruben-, Bau- und Verladearbeiter führte nicht nur zu einem allgemeinen Leistungsverfall, sondern es brachen auch immer wieder Streiks aus – „aus menschlich nur zu begreiflichen Gründen“, wie der Sonderbeauftragte für Bauxit in Kroatien nach Berlin meldete²³⁶. Die Bauxit-Bergwerke von Drniš, deren Jahresleistung zu Kriegsbeginn bei 200 000 t gelegen hatte, brachten es 1943 noch auf 56 000 t²³⁷.

Laut Führerbefehl sollten 1944 monatlich 16 000 t Bauxit aus Kroatien abgefahren werden²³⁸. Von Januar bis Ende August schaffte man 49 135 t. Dann wurde die Savebrücke bei Bosn. Brod gesprengt und damit die Bahnverbindung ins Reich völlig unterbrochen²³⁹.

Im Oktober 1944 stellte man die Bauxitproduktion im Raum Mostar wegen der militärischen Entwicklung ganz ein. Der Abtransport der eingelagerten Vorräte war unmöglich²⁴⁰. Auch die Bergbaumaschinen der Kontinentale Bauxitbergbau und -Industrie AG konnten nicht in Sicherheit gebracht werden, da von den kroatischen Behörden enteignete und nicht bezahlte Grundstücksbesitzer dies verhinderten und sogar Wehrmachtfahrzeuge beschlagnahmten. Ein Teil des Personals hatte offenbar schon vorher gute Beziehungen zur Gegenseite gepflogen und sorgte für Kontinuität, zumal die Partisanen Plünderungen verboten und die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Daß damit das „Vermögen der Gesellschaft einigermaßen garantiert“ sei, wie der Markscheider der Firma versicherte²⁴¹, war jedoch eine grobe Verkennung der Absichten der kommunistischen Sieger.

Bor im besetzten Serbien

In Serbien und Mazedonien, wo das deutsche und bulgarische Besatzungsregime größere Partisanenaktionen verhinderte, war den deutschen Unternehmen ein wesentlich ungestörteres Arbeiten möglich als in den kroatischen Landesteilen. Jedoch erst Monate nach der Besetzung konnte in den meisten Betrieben die Produktion wieder aufgenommen werden, zumal das jugoslawische Militär kurz vor dem Eindringen der deutschen Truppen die wichtigsten Anlagen zerstört hatte.

²³⁴ BA, RWM, R 7 XII/95: Deutsche Gesandtschaft Zagreb an RWM, 21. 1. 44.

²³⁵ BA, RWM, R 7 XII/96: Montan-Transport GmbH, Hamburg, Bericht über die Verhältnisse in Šibenik, 7. 1. 44.

²³⁶ BA, RWM, R 7 XII/94: Der Sonderbeauftragte für Bauxit in Kroatien an RMBuM, 18. 12. 42.

²³⁷ BA, RWM, R 7 XII/95: Wehrwirtschaftsstab Südost an RWM, 24. 1. 44.

²³⁸ BA, RWM, R 7 XII/96: Der Sonderbeauftragte für Bauxit in Kroatien an RM für Rüstung und Kriegsproduktion, 29. 6. 44.

²³⁹ Ebd., Vermerk betr. Bauxitbergbau in Kroatien, 14. 9. 44.

²⁴⁰ Ebd., Deutsche Gesandtschaft Zagreb an AA, 24. 10. 44.

²⁴¹ Ebd., Bericht des Markscheiders der Kontinentale über die Lage der Bauxitgruben bei Mostar, 15. 12. 44.

Auch die Kupferhütte Bor war gesprengt worden²⁴². Das Bor-Konsortium verpflichtete sich gegenüber den Reichsbehörden, den Wiederaufbau mit größter Beschleunigung voranzutreiben²⁴³. Dieser Arbeit wurde höchste Dringlichkeit zugesprochen²⁴⁴. Die Kosten des Wiederaufbaus waren zunächst von den Gesellschaftern zu tragen, sollten aber endgültig vom serbischen Staat ersetzt werden²⁴⁵. Tatsächlich überwies die Serbische Nationalbank bis Anfang 1943 an Bor für Kriegsschäden 400 Millionen Dinar, also etwa 22 Millionen Reichsmark²⁴⁶.

Mit Wiederaufbauarbeiten belastet war Bor-Gesellschafter Preußag auch bei seiner anderen serbischen Bergwerksbeteiligung, der Antimon AG. Deren Hüttenwerk Lisa wurde im Oktober 1942 durch einen Sabotageakt schwer zerstört²⁴⁷. Wegen der großen Bedeutung der serbischen Produktion für die Deckung des deutschen Antimonbedarfs²⁴⁸ mußte der Eigner für rasche Wiederherstellung Sorge tragen²⁴⁹. Doch die Antimon AG war nicht nur hier finanziell engagiert; sie hatte – wohl auf Drängen der deutschen Behörden – auch die Beseitigung der Kriegsschäden der englischen Podrinje Vereinigte Bergwerke AG mit 14,4 Millionen Reichsmark bevorschußt.

Aber die Regierung Nedić weigerte sich erfolgreich, diese Kosten zu ersetzen, da sie nach der serbischen Kriegsschädenverordnung nicht dazu verpflichtet war, wenn es sich um Feindvermögen handelte²⁵⁰. Der Streit zwischen Antimon AG und serbischer Regierung dauerte im Oktober 1944 immer noch an, als der um Unterstützung angegangene Reichsfinanzminister betonte, daß „auch die besetzten Länder im gegenwärtigen Zeitpunkt zu verstärkten Leistungen herangezogen werden müssen“²⁵¹, was anscheinend garnicht so leicht durchzusetzen war. Die Antimon AG geriet durch diese außerordentliche Beanspruchung noch im vorletzten Kriegsjahr in beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten, als ihre Verschuldung allein bei den serbischen Banken das Vierfache des Aktienkapitals betrug²⁵².

Auf die im Bergbau der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien tätigen deutschen Unternehmen wurde schon bald von seiten der Reichsregierung ein be-

²⁴² BA, RWM, R 7 XII/98: R. Stahl (Reichsgr. Industrie) an Reichsfinanzminister, 7. 8. 41.

²⁴³ Ebd., Mines de Bor-Konsortium an RWM und Reichsfinanzministerium (RFM), 18. 8. 41.

²⁴⁴ Ebd., Oberkommando der Wehrmacht (OKW) an Auswärtiges Amt, 5. 1. 42.

²⁴⁵ Ebd., Mines de Bor-Konsortium an RWM und RFM, 18. 8. 41.

²⁴⁶ Bor erhielt von der Serbischen Nationalbank außerdem 140 Mio Dinar aus jüdischem Vermögen und einen Kredit von 475 Mio Dinar (vgl. H. Radandt, *Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld*, S. 254).

²⁴⁷ BA, RWM, R 7 VIII/30: Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft (GBW) in Serbien an RWM, 19. 10. 42.

²⁴⁸ Der Antimonbedarf der deutschen Wirtschaft betrug 1942 ca. 250 t monatlich. Davon mußten 200 t, je zur Hälfte aus der Slowakei und aus Serbien, eingeführt werden. Von den Hütten der Antimon AG lieferte Lisa 45–50 t, Zajača 40 t. Die Produktion in Zajača sollte ab Oktober 1942 auf 80 t erhöht werden (Ebd., Vorläufige Antimonbilanz).

²⁴⁹ Ebd., Aktenvermerk, 20. 10. 42.

²⁵⁰ BA, RWM, R 7 VIII/34: Militärbefehlshaber Südost an RFM, 5. 5. 44.

²⁵¹ Ebd., RFM an Militärbefehlshaber Südost, 12. 8. 44.

²⁵² Ebd., Militärbefehlshaber Südost an RFM, 5. 5. 44.

trächtlicher Druck ausgeübt, das privatwirtschaftliche Rentabilitätspostulat den Bedürfnissen der im Verlaufe des immer verbissener werdenden Krieges bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beanspruchten Rüstungswirtschaft unterzuordnen.

Vor allem die noch in friedlicheren Zeiten mit großem Schwung begonnenen Investitionen im Erzbergbau des Landes mußten nach Wunsch der Wirtschaftsbehörden des Reiches auf ein kaufmännisch nicht mehr vertretbares Maß gesteigert werden. Auch die Gesellschafter der „Bor Kupferbergwerke und Hütten AG“ wurden aufgefordert, die Produktion durch eine gewaltige Erweiterung der Betriebsanlagen zu erhöhen. Der dafür notwendige Kapitalaufwand wurde zunächst auf 60²⁵³, dann auf 100²⁵⁴, schließlich auf 145 Millionen Reichsmark²⁵⁵ veranschlagt. Als Bauzeit waren zwei Jahre vorgesehen.

Das Bor-Konsortium hatte die zuständigen Minister schon bei einer Besprechung im Februar 1942 darauf aufmerksam gemacht, daß bei Investitionen in derartigen Größenordnungen der Kapitaldienst so stark zunehmen werde, daß die Rentabilität des Unternehmens in Frage gestellt sei²⁵⁶.

Vor einer weiteren, währungspolitisch gefährlichen Begleiterscheinung glaubte die Firma ebenfalls warnen zu müssen. Von den gesamten Investitionsmitteln werde etwa die Hälfte, also ungefähr 70 Millionen Reichsmark oder rund 1,4 Milliarden Dinar, für Löhne und Materiallieferungen in Serbien aufzuwenden sein (die andere Hälfte würde auf Investitionsgüterlieferungen aus dem Reich entfallen). Dazu kämen laufende Aufwendungen in Höhe von 300 bis 400 Millionen Dinar jährlich. Es war also damit zu rechnen, daß Bor in den Jahren 1943 und 1944 mindestens je eine Milliarde Dinar in Serbien ausgeben werde. Da der serbische Notenumlauf seit der Besetzung bis Ende 1942 schon von 8 auf über 16 Milliarden Dinar angeschwollen war, mußten die von Bor geplanten Ausgaben die in vollem Gang befindliche Inflation weiter anheizen.

Auch der Saldo im deutsch-serbischen Clearing, der Ende 1942 bereits 2 Milliarden Dinar, also circa 110 Millionen Reichsmark, zugunsten Serbiens betrug und durch vermehrte Warenlieferungen nicht abgedeckt werden konnte, würde rascher anwachsen, als ohnehin zu befürchten schien. Die geforderten Investitionen waren also trotz der innerserbischen Währungsschwierigkeiten nur dann zu vertreten, wenn „Kupfer für Deutschland wichtiger ist als der Dinar“²⁵⁷. In den kriegswirtschaftlichen Erwägungen des Reiches aber, das damals allmählich begann, mit dem Rücken zur Wand zu kämpfen, konnten weder das Schicksal des Dinar noch die Er-

²⁵³ BA, RWM, R 7 XII/100: Aktenvermerk, 12. 3. 42.

²⁵⁴ Ebd., Gutachten der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, 31. 7. 42.

²⁵⁵ BA, RWM, R 7 XII/102: Bor-Konsortium an RWM, 18. 1. 43.

²⁵⁶ BA, RWM, R 7 XII/98: Besprechung wegen Kaufverhandlungen, 16. 2. 42.

²⁵⁷ BA, RWM, R 7 XII/102: Bor-Konsortium an RWM, 18. 1. 43. Die deutsche Clearingverschuldung gegenüber Serbien war bis 30. 9. 45 auf 7,2 Mrd Dinar = 325 Mio RM, bis 31. 10. 44 auf 599 847 000 RM angewachsen (J. Wuescht, Jugoslawien und das Dritte Reich, Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945, Stuttgart 1969, S. 216).

tragsaussichten der im Ausland investierenden deutschen Unternehmen eine Rolle spielen.

Im Frühjahr 1943 hatten die Bor-Gesellschafter auch die staatlichen Dienststellen davon überzeugt, „daß die Annahme einer privatwirtschaftlich interessanten Betriebsführung von Bor . . . durch die Entwicklung der Verhältnisse während des Krieges sich nicht mehr aufrechterhalten läßt“²⁵⁸. An dieser Lage trug nicht nur der von oben geforderte überdimensionale Ausbau der Produktionsanlagen schuld, der die finanzielle Belastungsfähigkeit des Unternehmens bei weitem überstieg. Mit forcierter Erhöhung des Ausstoßes mußte auch immer stärker auf eigentlich nicht mehr abbauwürdige Erze zurückgegriffen werden, deren geringer Kupfergehalt die Kalkulationsgrundlage veränderte. Zusätzliche Schwierigkeiten verursachte die inflationistische Preisentwicklung in Serbien, die nun wiederum nicht nur die laufenden Betriebskosten, sondern auch die Investitionen verteuerte, zumal die Beibehaltung des offiziellen Wechselkurses eine krasse Unterbewertung der Reichsmark zur Folge hatte.

Das Bor-Konsortium erklärte sich bereit, die gewünschte Produktionssteigerung ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeitserwägungen durchzuführen, nachdem ihm von der Reichsregierung zugesagt worden war, daß entstehende Verluste durch staatliche Zuschüsse abgedeckt würden²⁵⁹. Zwischen Januar 1943 und März 1944 wurden der Bor Kupferbergwerke und Hütten AG von der Deutschen Bank, die sich inzwischen zur Finanzierung der deutschen Investitionen im serbischen Bergbau mit anderen Kreditinstituten zu einem Konsortium zusammengefunden hatte, ein langfristiges Darlehen von 75 Millionen Reichsmark und ein kurzfristiger Sonderkredit von 60 Millionen Reichsmark ausgezahlt, für die das Reich vereinbarungsgemäß bürgte²⁶⁰.

Speziell für die Verarbeitung von kupferarmen Erzen mit nur 3-4 vH. Cu-Gehalt und weniger wurde wegen Platzmangels in Bor ein neues Hüttenwerk in Kostolac an der Donau errichtet, das nach voller Inbetriebnahme jährlich 50 000 t Rohkupfer aus Borkonzentraten erzeugen sollte²⁶¹. Eine günstige Verkehrsverbindung zwischen beiden Orten war bereits vorhanden, da die Organisation Todt 1942 eine Asphaltstraße 1. Ordnung von Bor nach Belgrad gebaut hatte²⁶², die nahe an Kostolac vorbeiführte. Die OT wurde nun auch beauftragt, Bor und Kostolac durch

²⁵⁸ BA, RWM, R 7 XII/102: R. Stahl (Reichsgr. Industrie) an Geheimrat Pasel, 8. 5. 43.

²⁵⁹ BA, RWM, R 7 XII/100: Vertragsentwurf, 15. 5. 43.

²⁶⁰ BA, RWM, R 7 XII/102: RWM an RFM, 23. 1. 43; Deutsche Bank AG an RWM, 17. 5. 43 und 6. 7. 43; Bor an RWM, 30. 11. 43; Darlehensvertrag v. 21. 1. 44; Deutsche Bank AG an RWM, 27. 1. 44 und 1. 3. 44; RFM an RWM, 25. 3. 44. Bürgschaften übernahm das Reich auch für Kredite in Höhe von 42 Mio Mark, die das Bankenkonsortium der Firma Südost-Montan - der von Neuhausen geleiteten ehemaligen Jugomontan - gewährte (Deutsche Bank AG an RWM, 27. 1. 44 und 1. 3. 44).

²⁶¹ BA, RWM, R 7 XII/100: Vermerk über Besprechung v. 21. 9. 42, 5. 10. 42; RWM an GBW Serbien, 5. 10. 42.

²⁶² H. Radandt, *Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld*, S. 257.

eine 150 km lange Normalspur-Bahnlinie zu verbinden, die jedoch nicht mehr ganz fertiggestellt wurde²⁶³.

In Kostolac schien auch die Energieversorgung des geplanten Hüttenwerks gesichert, da sich dort ein Lignitbergwerk befand. Die Absicht Bors, diese Gruben zu erwerben, ließ sich jedoch nicht verwirklichen, da der serbische Eigentümer nicht verkaufen wollte und sich sogar weigerte, Bor in eine zu gründende Bergwerksgesellschaft als Teilhaber aufzunehmen. Bor erreichte nichts als die Erklärung des Eigners, daß er die Abbauarbeiten bis zu einer späteren Regelung der Rechtslage dulde. Es gab keine Möglichkeit, den Vermögensübergang zu erzwingen und die Bor-Konsorten bedauerten noch gegen Ende des Krieges, daß es ihnen nicht gelungen war, die „Gunst der damaligen Lage auszunutzen“ und klare Rechtsverhältnisse zu schaffen. Sie kritisierten die „verschlagnene Verzögerungstaktik der Gegenseite“, die es sogar erreicht hatte, das Auswärtige Amt für ihre Interessen einzuspannen!²⁶⁴

Die Hüttenwerke Bor waren von Partisanenüberfällen und größeren Sabotageakten verschont geblieben. Aber andere, mit Fortschreiten des Krieges zunehmende Schwierigkeiten wirkten sich schließlich auch auf das Produktionsergebnis aus. Die schlechte Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und der steigende Krankenstand bereiteten schon Anfang 1942 Sorgen²⁶⁵. Auch der Mangel an ausgebildeten Facharbeitern machte sich bemerkbar. Ein Teil des Stammpersonals war bei der Besetzung Serbiens aufs Land geflohen und konnte auch durch Rückführungsaktionen nicht mehr erfaßt werden²⁶⁶. Fehlende Ersatzteile für die im ganzen Werk verwendeten amerikanischen Bohrmaschinen führten im Frühjahr 1943 zum ersten Produktionsrückgang²⁶⁷.

Aber der Monatsdurchschnitt an gefördertem Kupfererzen lag 1943 noch nahe bei 50 000 t. Im folgenden Jahr dagegen wurden kaum mehr als 20 000 t monatlich abgebaut²⁶⁸. Im Dezember 1943 mußte die Kupferraffinerie in Bor wegen unzureichender Brennstoffversorgung des Kraftwerks stillgelegt werden²⁶⁹. Mitte April 1944 kam es zum ersten Bombenangriff auf Belgrad, der Bahnknotenpunkt und mehrere Brücken wurden zerstört. Der Abtransport aus Bor stockte. Da die Donau vermint war, gab es keine Ausweichmöglichkeiten²⁷⁰. Die Arbeiterflucht verstärkte sich und lähmte große Teile der Produktion²⁷¹.

²⁶³ BA, RWM, R 7 XII/100: Vermerk über Besprechung v. 21. 9. 42, 5. 10. 42; H. Radandt, a. a. O., S. 257.

²⁶⁴ BA, RWM, R 7 XII/101: Niederschrift der Aufsichtsratssitzung, 21. 9. 44.

²⁶⁵ BA, RWM, R 7 XII/98: Bor an Generalkonsul Neuhausen, 8. 3. 42.

²⁶⁶ BA, RWM, R 7 XII/101: Monatsbericht Juli 43. Fachkräfte wurden auch aus dem Reich angefordert (BA, RWM, R 7 XII/75).

²⁶⁷ BA, RWM, R 7 XII/101: Vermerk, 1. 7. 43.

²⁶⁸ BA, RWM, R 7 XII/100: Diverse Aufstellungen über Erzförderung und Kupfererzeugung.

²⁶⁹ Ebd., Aufstellung v. 24. 4. 44.

²⁷⁰ BA, RWM, R 7 XII/101: Der Generalbevollmächtigte für den Metallergbergbau Südost an RWM, 17. und 19. 5. 44.

²⁷¹ Ebd., Bericht Juni 44, 1. 9. 44. Die Schwierigkeiten mit den Arbeitskräften in Serbien und

Trotzdem wurden die Bauarbeiten an den Kupferhütten in Bor und Kostolac, an E-Werk und Hafen mit größter Beschleunigung fortgesetzt²⁷², obwohl man angesichts des eklatanten Mangels an Baumaterial, Arbeitern und Transportmitteln sowie der Lieferverzögerungen bei den bestellten Maschinen mit der Fertigstellung sämtlicher geplanter Anlagen in absehbarer Zeit nicht mehr rechnen konnte²⁷³.

Erst im September 1944 gab man endgültig auf. Am 8. 9. wurde die Einstellung der Produktion und der Bauarbeiten in Bor und Kostolac beschlossen. Eine Zerstörung der Werke im „Ernstfall“ war nicht vorgesehen. Größere Mengen an Kupfer, Kupferkonzentrat und Schwefelkieskonzentrat konnten nicht mehr abtransportiert werden.

Auf einer Sitzung des Aufsichtsrats der Bor Kupferbergwerke und Hütten AG in Berlin am 21. 9. 1944 zog man ein wehmütiges Résumé. Der intensive Einsatz von Arbeit und Kapital hatte sich nicht gelohnt. Noch im Geschäftsjahr 1942 war ein Ertrag von 29 Millionen Reichsmark erwirtschaftet worden, der nicht nur den Betriebsaufwand, sondern auch die Verzinsung des Eigenkapitals deckte. 1943 ließen Produktionsschwierigkeiten den Ertrag auf 24 Millionen Mark sinken. Kostensteigerungen und die einsetzende Tilgung der Investitionskredite verursachten einen Fehlbetrag von 9,5 Millionen, der vom Reich abgedeckt werden mußte. 1944 meinte man noch nicht einmal den Betriebsaufwand decken zu können. Außer den Hauptwerken in Bor und Kostolac gingen nun auch wertvolle Beteiligungen, vor allem die Gruben der Konstruktor AD bei Belgrad, der Leco AD bei Leskovac, das Blei-Zink-Bergwerk Ajvalija in Albanien und die Kupferminenbeteiligung Luda Jana in Mazedonien verloren²⁷⁴.

Krupp in Mazedonien

Der überwiegende Teil des jugoslawischen Mazedoniens war nach der Besetzung und Aufteilung des Landes von Bulgarien vereinnahmt worden. Da das Reich an den nicht unbedeutenden Chromerzvorkommen im Raum Skopje aus kriegswirtschaftlichen Gründen starkes Interesse hatte, erklärte sich die bulgarische Regierung damit einverstanden, daß der gesamte mazedonische Bergbau deutscher Verwaltung unterstellt wurde, deutsche Unternehmen ungehindert Bergbau betreiben und Eigentum an dortigen Gruben erwerben konnten.

Die bulgarische Regierung behielt sich lediglich vor, daß die Ausfuhr wie auch

Mazedonien führten im September 1943 zur Aufstellung des Wehrwirtschaftlichen Bergbaubataillons Südost, das nach der Einstellung der Chromerzlieferungen durch die Türkei im April 1944 auf Anordnung Hitlers noch verstärkt wurde (BA, RWM, R 7 VIII/31; Vermerk, 30. 5. 44).

²⁷² BA, RWM, R 7 XII/101: RWM an Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion (RMRuK), 18. 5. 44.

²⁷³ Ebd., Vermerk, 9. 5. 44.

²⁷⁴ BA, RWM, R 7 XII/101: Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 21. 9. 44.

die von deutschen Firmen getätigten Investitionen über das bulgarische Clearingkonto verrechnet wurden. Clodius, der im Auftrag des Auswärtigen Amts Ende April 1941 mit König Boris verhandelt hatte, konnte berichten: „Einigung hierüber erfolgte in freundschaftlicher Form, ohne daß dem König etwa der Eindruck entstanden wäre, daß wir irgendwie die Situation ausnutzen oder einen Druck ausüben wollten.“²⁷⁵ Die Reichsbehörden protestierten noch nicht einmal, als die bulgarische Regierung im Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen im September 1942 den französischen Anteil von 60 vH. an der Kupferhütte Luda Jana – der Rest gehörte Bor – enteignete und diesen Akt der Willkür als große vaterländische Tat feierte²⁷⁶.

Nach der Besetzung Mazedoniens wurden die von ihren Eigentümern meist verlassenen Bergwerke zunächst durch Pioniereinheiten der Wehrmacht gesichert²⁷⁷, um größere Schäden zu verhüten, bis der Grubenbetrieb von Firmen aus dem Reich übernommen werden konnte. Gruben, die sich im Eigentum von Feindstaatenangehörigen befanden, unterstellte man der kommissarischen Verwaltung eines Treuhänders²⁷⁸.

Die Friedr. Krupp AG nahm nun ihr Projekt, in General Zostow bei Skopje ein modernes Aufbereitungswerk zur Herstellung von Chromkonzentrat zu errichten, wieder auf. Da der Rüstungsbedarf an diesem zur Herstellung korrosionssicheren Stahls unentbehrlichen Legierungsmetall stark zugenommen hatte und die Alliierten durch Aufkäufe in der Türkei die Chromversorgung Deutschlands zu stören versuchten²⁷⁹, wurde die Firma von der Reichsregierung gedrängt, die Verarbeitungsanlage wesentlich größer zu konzipieren und für eine Erhöhung der Erzproduktion in Mazedonien zu sorgen²⁸⁰.

²⁷⁵ ADAP, Serie D, Bd. XII 2, Dok. Nr. 595: Gesandtschaft in Sofia an Auswärtiges Amt, 24. 4. 41.

²⁷⁶ BA, RWM, R 7 VIII/30: Bor-Bericht, 11. 9. 42; RWM an AA, 18. 9. 42; Protokollvermerk des deutschen und bulgarischen Regierungsausschusses, 1. 12. 42 u. a.

²⁷⁷ Vgl. G. Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45), Hg. W. Birkenfeld, Boppard 1960, S. 262 f. Der während des Balkanfeldzugs geschaffene Wehrwirtschaftsstab Serbien wurde nicht nur für die militärische Sicherung der Bergwerke, sondern auch für die Organisation des Abtransports der Förderung wichtig (ebd., S. 263).

²⁷⁸ IFZ, Closing Brief der Verteidigung in Fall 10: „Krupps Betrieb von Chromerzgruben in Jugoslawien“, S. 55–82. Treuhänder der betroffenen Chromerzgruben in Mazedonien wurde der ehemalige kaufmännische Leiter der Aladini Mines.

²⁷⁹ Die deutsch-türkischen Verhandlungen über die Lieferung von Chromerzen gegen Rüstungsgüter (vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, Dok. Nr. 330, 333, 339, 390, 391, 408, 516, 517, 625, 681 u. a.) waren im Winter 1939/40 gescheitert und die Türkei verkaufte ihre gesamte Chromerzförderung für 1940–42 an England (vgl. dazu auch J. J. Jäger, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie, Berlin 1969, S. 244 f.). Hauptlieferant für Chromerze wurde 1940 die Sowjetunion (ebd., S. 247, Tab. 36). Die Erschließung einer anderen Versorgungsquelle war also schon im Hinblick auf den geplanten Überfall auf die Sowjetunion unumgänglich.

²⁸⁰ Laut Gutachten des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (Südosteuropa als wirtschaftlicher Ergänzungsraum für Deutschland, A 2, Jugoslawien, 30. 8. 39, S. 85) befand sich der

Da Krupp sich zunächst weigerte, einer Investition in dem geforderten Ausmaß zuzustimmen, weil man ihre Rentabilität bezweifelte, kam es zu Unstimmigkeiten. Neuhausen, der neuernannte Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in Serbien²⁸¹, warf der Firma vor, nicht aktiv genug zu sein und im jugoslawischen Chromerzbergbau „völlig versagt“ zu haben²⁸².

Die Befürchtung, aus Mazedonien verdrängt zu werden, brachte Krupp zum Nachgeben. Die Firma war schließlich bereit, das Werk für eine Verarbeitungskapazität von wenigstens 50 000 t Roherz im Zweischichtenbetrieb statt der ursprünglich geplanten 15 000 t zu bauen²⁸³. Die Anlage begann im Frühjahr 1944 zu produzieren, was eine erhebliche Transportersparnis bedeutete²⁸⁴.

Auch die von Krupp nunmehr erwarteten Erschließungsinvestitionen²⁸⁵ zur Erhöhung der Chromerzförderung waren privatwirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen, da in zunehmendem Maße transportungünstig gelegene, wenig ergiebige Gruben in Bearbeitung genommen werden mußten, deren Ertrag dem Aufwand nicht entsprach. Im Geschäftsbericht der Kruppschen Hauptverwaltung für das Jahr 1942/43 heißt es über die Investitionen im mazedonischen Erzbergbau: „Die gesamten Anlagen . . . dürfen nicht mit rein bergwirtschaftlichem Maßstab gemessen werden. Der größte Teil der Bauten und Einrichtungen erklärt sich aus der angespannten Chromerzlage . . . Die Selbstkosten der auf den Gruben anfallenden Erze, ebenso auch der zukünftig erzeugten Konzentrate werden einschließlich Abschreibungen das Mehrfache der Vorkriegspreise betragen.“²⁸⁶

Über die 1941 gegründete „Gemeinschaft für den Legierungserzbergbau“ suchte

Chromerzbergbau des Landes teilweise „auf der Stufe primitivster Rückständigkeit“ (zit. b. J. J. Jäger, a. a. O. S. 252). Der Transport wurde z. B. vielfach mit Tragtieren und Ochsenkarren vorgenommen. Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Seilbahnen) waren also auch hier besonders vordringlich.

²⁸¹ Franz Neuhausen, Generalkonsul in Belgrad, ab 1942 auch Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost, hatte schon vor Kriegsausbruch die Aufgabe übertragen bekommen, als Sonderbeauftragter des Bevollmächtigten für den Vierjahresplan (Göring) die Erschließung der jugoslawischen Metallerzvorkommen „voranzutreiben und für die deutsche Rüstungsindustrie nutzbar zu machen“ (vgl. Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Hitlers Konferenzen mit Albert Speer, 1942–1945, Hg. W. A. Boelcke, Frankfurt/M. 1969, S. 242 f.).

²⁸² IFZ, Tribunal III, Fall 10, Dokumentenbuch 10: Erklärung H. G. Sohl, 1. 4. 43.

²⁸³ BA, RWM, R 7 VIII/30: OKW an RWM, 5. 10. 42.

²⁸⁴ IFZ, Dok. NIK 15333: Erklärung G. Ufer, 5. 1. 47.

²⁸⁵ Die Friedr. Krupp AG soll (nach Aussage des Krupp-Direktors Dr. Ufer) in die von ihr ausgebeteten Chromerzgruben Mazedoniens zwischen 1940 und 1944 21 bis 22 Mio RM investiert haben (J. J. Jäger, a. a. O., S. 252). Auch die vom Reich aufgewendeten gewaltigen Mittel für den Straßen- und Bahnbau sowie zur Erschließung der von staatlichen Dienststellen betreuten Bergwerke lassen sich nur mit den Erfordernissen der Kriegswirtschaft erklären. Über das Baubüro beim GBW Serbien wurden vom April 1941 bis Ende August 1944 in Serbien 205,65, in Mazedonien 91,00, in Griechenland 1,40 und in Albanien 9,65 Mio RM investiert (J. Wuescht, a. a. O., S. 218).

²⁸⁶ Zit. in IFZ, Closing Brief der Verteidigung in Fall 10: „Krupps Betrieb von Chromerzgruben in Jugoslawien“, S. 64.

Krupp mit anderen deutschen Montanfirmen in ähnlicher Lage für die im Interesse der Kriegswirtschaft erstellten unrentablen Anlagen durch Zusammenlegen der Kosten einen gewissen Lastenausgleich zu erreichen. Entstehende Verluste wurden vom Reich übernommen und aus einem „Ausgleichsfonds“ des Reichswirtschaftsministeriums ersetzt²⁸⁷. Eine wirtschaftlich interessante Verwendung der Betriebsmittel kam dadurch noch nicht zustande.

Krupps einflußreiche Stellung im mazedonischen Chromerzbergbau²⁸⁸ war nur insofern von Vorteil, als sie Gelegenheit zu bieten schien, sich in diesem Gebiet für die Nachkriegszeit eine eigene Rohstoffgrundlage zu erschließen. Solchen Absichten kam zustatten, daß Krupps Teilhaber in der nun „Deutsch-Bulgarische Chromerzbergbau AG (Chromag)“²⁸⁹ firmierenden ehemaligen Jugochrom, die Reichswerke Hermann Göring AG, sich passiv verhielt und der Friedr. Krupp AG bei der Verfolgung ihrer langfristigen Ziele keine Konkurrenz machte. Der einzig ernsthafte Mitbewerber war offenbar Neuhausen selbst, der zwischen großzügigen Zusagen an die Firma²⁹⁰ und an Diffamierung grenzender Kritik schwankte und die von ihm geleitete, staatseigene „Südost-Montan“ GmbH immer wieder bei Aufkaufgelegenheiten ins Rennen brachte²⁹¹.

Krupp stieß jedenfalls bei dem Versuch, in die bestehenden Vermögenskomplexe einzudringen, auf beträchtliche Schwierigkeiten. Noch vor dem Krieg hatte Krupp nur eine wenig bedeutende Grube bei Valandovo und bis zum Balkanfeldzug ein weiteres kleines Bergwerk bei Preševo gepachtet. Aus einer Zwangsversteigerung konnte Trnava, ebenfalls in der Nähe von Preševo, erworben werden²⁹².

Die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Betriebe waren bescheiden. Die Erzversorgung der in Bau befindlichen Kruppschen Aufbereitungsanlage war nur gesichert, solange die größeren Chromerzgruben Mazedoniens von deutschen Behörden verwaltet wurden. Im Hinblick auf eine Nachkriegsregelung erschien es der Friedr. Krupp AG unerlässlich, ergiebiger Bergwerke in diesem Raum zu besitzen²⁹³.

²⁸⁷ Ebd., S. 65 f.

²⁸⁸ Auch die Verteilung des in Mazedonien gewonnenen Chromerzes an die Verarbeiter im Reich erfolgte ab 1942 ausschließlich durch die Friedr. Krupp AG (IfZ, Dok. NIK 13167: Erklärung H. G. Sohl, 4. 12. 47).

²⁸⁹ Wegen Schwierigkeiten mit der bulgarischen Regierung funktionierte die Chromag nur noch als Finanzierungsgesellschaft. Die Friedr. Krupp AG und die Reichswerke gründeten stattdessen im Dezember 1941 das Chromerz-Konsortium (IfZ, Dok. NIK 13248). Die dem Konsortium unterstehenden Gruben wurden von Krupp-Direktor Ufer unter dem Firmennamen „Chromerzbetriebe Dr. Ufer“ weitergeführt (IfZ, Dok. NIK 12978: Erklärung G. Ufer, 2. 12. 47).

²⁹⁰ Neuhausen hatte nach der Besetzung Jugoslawiens zugesagt, der Firma beim Erwerb weiterer Erzgruben behilflich zu sein (IfZ, Dok. NIK 13583: Krupp an Prof. Cissarz, 11. 6. 41, und NIK 13243: Memorandum Sohls über Besprechung mit Neuhausen in Belgrad am 24. 9. 40).

²⁹¹ IfZ, Dok. NIK 13333: Erklärung G. Ufer, 5. 1. 47.

²⁹² IfZ, Dok. NIK 13151 und 13157: Erklärung G. Ufer, 10. 12. 47.

²⁹³ IfZ, Dok. NIK 12893: Krupp an GBW Serbien, 20. 8. 42.

Die aussichtsreichsten Chromerzvorkommen jedoch waren Eigentum der englischen Alatini Mines, deren Vermögen zwar seit der Besetzung Jugoslawiens unter kommissarische Verwaltung gestellt, aber, da man mit dem Inhaber nicht in Kaufverhandlungen eintreten konnte, geradezu unantastbar geworden war!

Krupp bemühte sich lange, eine Beteiligung am bedeutenden Ljuboten-Bergwerk zu erwerben, das den Alatini Mines nur zur Hälfte gehörte. Mit einem Drittel des Grundkapitals war der ehemalige jugoslawische Staat beteiligt, die restlichen 17 vH. befanden sich in deutschem Besitz²⁹⁴. Da der Firma dieses letztere Paket angeboten worden war, drängte sie die zuständigen Reichsbehörden, ihr auch zum Kauf wenigstens eines der beiden anderen Anteile zu verhelfen.

Aber auf das Eigentum des ehemaligen jugoslawischen Staates in Mazedonien hatte Bulgarien einen Anspruch²⁹⁵, dessen Geltendmachung man in diesem Fall nicht herausfordern wollte. Und die Reichsregierung war auch nicht bereit, was das Vermögen des englischen Eigners der Alatini Mines betraf, willkürlich in bestehende Rechtsverhältnisse einzugreifen. Krupps Vorschlag, die interessierenden Anteile an einen Treuhänder zu bezahlen, der zu gegebener Zeit die rechtmäßigen Eigentümer entschädigen könnte, wurde abgelehnt und die Firma trotz ihres wiederholten Drängens, doch die günstige politische Situation zu nutzen, auf eine Regelung nach Friedensschluß vertröstet²⁹⁶.

Das einzige größere Bergbauunternehmen in Mazedonien, an welchem sich die Friedr. Krupp AG beteiligen konnte, war das noch wenig erschlossene²⁹⁷, aber wohl wegen seiner reichen Erzreserven interessante Chromerzbergwerk Jeserina, das der jugoslawischen Firma Hromasseo AD, Skopje, gehörte. 25 vH. der Aktien dieses Hauses konnte Krupp von dem Schweizer Bankier Voegeli (Banque Serbo-Suisse) erwerben, weitere 12,5 vH. kaufte die Firma vom Treuhänder des inzwischen beschlagnahmten „Judeneigentums“ der Familie des Hauptaktionärs Moses Asseo²⁹⁸.

Da Asseo angeblich von seinem Sohn ermordet worden war, hatte das Vormundschaftsgericht Skopje mehr als die Hälfte der Aktien sichergestellt. Krupp war sehr daran interessiert, auch diesen Anteil nach Freigabe durch die serbischen Behörden zu erstehen. Doch es stellte sich heraus, daß das Paket auf ungeklärte Weise in den Besitz der Witwe Asseos gelangt war, die damit nach Albanien flüchtete und die

²⁹⁴ IfZ, Dok. NIK 12889: Krupp an RWM, 8. 4. 42.

²⁹⁵ IfZ, Dok. NIK 12895: Krupp an GBW Serbien, 13. 5. 42. Das Vermögen des ehemaligen jugoslawischen Staates fiel den „Erwerberstaaten“ (Deutsches Reich, Italien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien, Serbien) zu (vgl. Abkommen über vermögensrechtliche Auseinandersetzung des ehemaligen jugoslawischen Staates etc. v. 22. 7. 42, Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1943 II, Nr. 21, S. 154 ff.).

²⁹⁶ IfZ, Dok. NIK 12895: Krupp an GBW Serbien, 13. 5. 42; NIK 12894: Krupp an GBW Serbien, 4. 6. 42; NIK 12893: Krupp an GBW Serbien, 20. 8. 42.

²⁹⁷ IfZ, Closing Brief der Verteidigung in Fall 10: „Krupps Betrieb von Chromerzgruben in Jugoslawien“, S. 62 f.

²⁹⁸ IfZ, Dok. NIK 13156: Erklärung G. Ufer, 8. 1. 48; NIK 13355: Erklärung G. Ufer, 5. 1. 47; NIK 12901: Bankverein AG Belgrad an Krupp, 1. 9. 43; Tribunal III, Fall 10, Dokumentenbuch 10: div. Unterlagen zum Erwerb Hromasseo-Aktien, S. 18–38.

Aktien dort an die italienische Firma Azienda Minerali Metallici Italiana (AMMI) verkaufte²⁹⁹.

Dieser Handstreich der AMMI hatte diplomatische Folgen. Die quer durch das ehemals jugoslawische Mazedonien verlaufende Grenze zwischen „Neubulgarien“ und dem vergrößerten, italienisch beherrschten Albanien war schon bei ihrer Festlegung Anlaß zu Unstimmigkeiten zwischen Ribbentrop und Ciano gewesen. Die italienische Delegation ließ sich schließlich überreden, daß das Grubengebiet um Skopje zum bulgarischen Territorium gehöre, bestand aber auf dem Eigentum der AMMI an Jeserina³⁰⁰.

Krupp hatte sich inzwischen an das Auswärtige Amt um Unterstützung gewandt und hoffte, daß die AMMI gezwungen werden konnte, die Mehrheitsbeteiligung abzutreten. Anfang 1942 verhandelte der in Südosteuropafragen gut bewanderte Clodius vom Auswärtigen Amt mit den italienischen Behörden in Rom³⁰¹. Die Reichsregierung war nicht bereit, Italien die Ausbeutung von Chromerzvorkommen auf neubulgarischem Gebiet zu überlassen³⁰². Doch die Rücksicht auf den Achsenpartner ließ einen Kompromiß geraten erscheinen, dem sich die Friedr. Krupp AG, wenn auch widerwillig, beugen mußte³⁰³. Die AMMI durfte die in ihrem Besitz befindlichen Hromasseo-Aktien behalten und ihren Anteil auf fünf Achtel aufrunden. Krupp sollte das Management und die gesamte Förderung der Jeserina-Mine bis Kriegsende, beziehungsweise bis zum 31. 10. 1944, zustehen³⁰⁴.

Die Grube Jeserina steigerte ihre Produktion unter Kruppscher Leitung von 216 t Roberz im Januar 1942 auf 2995 t im September des gleichen Jahres. Für 1943 rechnete man mit einer Ausbeute von mindestens 24 000 t, „sodaß die sichtbaren Erze . . . bis zur Übergabe dieser Grube an die Italiener abgebaut werden“³⁰⁵.

Im Jahr des Kriegsausbruchs waren in Jugoslawien 45 000 t Chromerz gefördert worden³⁰⁶. 1943 wurden allein im neubulgarischen Mazedonien fast 120 000 t

²⁹⁹ IfZ, Dok. NIK 8099: Erklärung G. Kyllmann, 7. 5. 47.

³⁰⁰ IfZ, Tribunal III, Fall 10, Dokumentenbuch 10: Erklärung W. v. Schmieden (AA), 12. 12. 47. Hitler hatte am 29. 5. 1941 angeordnet, daß Italien die wirtschaftliche Nutzung Griechenlands zustehen solle (G. Thomas, a. a. O., S. 263). Doch die deutschen Firmen hatten sich vor der Niederlassung der italienischen Dienststellen durch langfristige Pachtverträge die Produktion vor allem der griechischen Chromerzgruben schon gesichert (BA, RWM, R 7 XII/104: Clodius, Rom, an Auswärtiges Amt, 5. 2. 42).

³⁰¹ BA, R 7 XII/104: Clodius, Rom, an AA, 5. 2. 42.

³⁰² Ebd., Antwort AA, 10. 2. 42.

³⁰³ IfZ, Dok. NIK 8099: Erklärung G. Kyllmann, 7. 5. 47.

³⁰⁴ IfZ, Dok. NIK 13318: Deutscher Regierungsausschuß, Rom, an Chromag, 14. 5. 42; ADAP, Serie E, Bd. II, Dok. Nr. 41: Aufzeichnung Wiehl, 14. 3. 42; BA, RWM, R 7 XII/104: Vermerk, 14. 3. 42. Nach der Kapitulation Italiens fiel der Aktienbesitz der AMMI an den von Deutschland errichteten Satellitenstaat Albanien. Krupp kam wieder nicht zum Zuge (IfZ, Dok. NIK 13333: Erklärung G. Ufer, 5. 1. 47).

³⁰⁵ BA, RWM, R 7 VIII/30: Krupp an RWM, 25. 10. 42.

³⁰⁶ Statistički Godišnjak Jugoslavije 1971, S. 159. 1937 hatte die Chromerzförderung mit 59 000 t den Höhepunkt der Vorkriegszeit erreicht (V. Blašković, *Ekonomska Geografija Jugoslavije*, Zagreb 1970, S. 188). Die Ausfuhr von Chromerzen sank wegen der steigenden

produziert³⁰⁷. Gegenüber dem Vorjahr hatte sich diese Menge noch erhöht, während der Ausstoß der griechischen Chromerzgruben infolge der dortigen Partisanenaktionen bereits stark rückläufig war³⁰⁸.

Die Chromerzversorgung der deutschen Rüstungswirtschaft konnte damit aus den Bergwerken Neu- und Altbulgariens, Serbiens, Griechenlands und ab 1943 auch Albanien bereits sichergestellt werden³⁰⁹. Als die Türkei im April 1944 dem Druck der Alliierten nachgab und ihre Chromerzlieferungen in das Reich ganz versiegten³¹⁰, brachte das keine unmittelbare Gefahr. Der Verlust des gesamten Balkans im darauffolgenden Herbst und Winter aber bedeutete, daß allein wegen des Mangels an diesem für eine moderne Rüstungsproduktion unentbehrlichen und unersetzbaren Legierungsmetalls der Krieg nach Aufzehren der strategischen Reserve in spätestens zehn Monaten unter allen Umständen zu Ende gewesen wäre³¹¹.

Das Bewußtsein von der kriegsentscheidenden wirtschaftlichen Bedeutung des Balkanraums mag ein Motiv für den unsinnig erscheinenden Befehl Hitlers gewesen sein, noch im Februar 1945 eine SS-Panzerarmee nach Ungarn zu verlegen, um die sowjetischen Einheiten südlich von Budapest wieder über die Donau zurückzudrängen – zu einer Zeit, als die Rote Armee bereits 70 km vor Berlin stand.

Die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie in Jugoslawien hatte erst gegen Mitte der dreißiger Jahre in nennenswertem Umfang eingesetzt. Durch die rigore Bilateralisierung des Außenhandels gewann der Balkanraum auch für die Versorgung der Produktionsgüter- und Rüstungssektors mit mineralischen Rohstoffen erheblich an Bedeutung. Die erfolgreiche Belebung der Wirtschaftstätigkeit im Reich und enorme Staatsaufträge bewogen eine Reihe deutscher Montanunternehmen, sich an der Erschließung der reichen Bodenschätze des unterentwickelten und kapitalarmen Jugoslawien zu beteiligen.

Seit Kriegsausbruch und dem Versiegen der überseeischen Lieferungen war die größtmögliche Nutzung der im Machtbereich Deutschlands befindlichen europä-

Eigenverarbeitung von 29 291 t in 1931 auf 18 523 t in 1939 ab (Die Bodenschätze der südosteuropäischen Länder, 1. T.: Chrom, Mangan, Blei und Zink, Schriften der Südosteuropäergesellschaft, Wien 1945).

³⁰⁷ BA, RWM, R 7 VIII/35: OKW an RWM, Meldung über Chromerzförderung, 14. 2. 44. Die Produktion Serbiens betrug im gleichen Jahr 5430, Altbulgariens 8532, Griechenlands 38 122 t (ebd.).

³⁰⁸ Vgl. J. J. Jäger, a. a. O., S. 253 f. Auf neubulgarischem Gebiet kam es erst ab Sommer 1944 zu größeren Produktionsausfällen infolge von Partisanenaktionen (ebd., S. 254).

³⁰⁹ BA, RWM, R 7 VIII/103: Vermerk über Chromversorgung der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft, 21. 10. 42; vgl. auch J. J. Jäger, a. a. O., Tab. 37, S. 255.

³¹⁰ BA, RWM, R 7 XII/8: Besprechungsvermerk v. 8. 8. 44. Die Türkei hatte erst im Frühjahr 1943 ihre Chromerzlieferungen nach Deutschland wieder aufgenommen, blieb jedoch mit den vertraglich zugesicherten Mengen weit im Rückstand (J. J. Jäger, a. a. O., S. 258 ff.).

³¹¹ Speer hatte Hitler bereits im November 1943 in einer Denkschrift auf diesen Tatbestand hingewiesen (vgl. A. Speer, Erinnerungen, Berlin 1969, S. 328 f.). Dieser Meinung waren Experten des Speer-Ministeriums auch noch im September 1944 (Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 458).

ischen Rohstoffvorkommen für die Zwecke der Rüstungswirtschaft zu einer Überlebensfrage geworden. Doch erst die Niederwerfung Frankreichs setzte Jugoslawien dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Reiches rückhaltlos aus. Die Bestrebungen der deutschen Industrie, sich durch Erwerb ausländischer Beteiligungen in jugoslawische Bergbauunternehmen einzukaufen, wurden von der Reichsregierung lebhaft unterstützt. Bemerkenswert ist die korrekte Abwicklung derartiger Paketkäufe in besetzten Ländern und die aus den Klagen einiger interessierter Firmen ersichtliche Weigerung der deutschen Behörden, die „Gunst der Lage“ zu nutzen und auf verkaufsunwillige Anteilseigner politischen Druck auszuüben.

Mit der Ausuferung des Krieges und der Intensivierung der Rüstungsproduktion wurden die Investitionen der deutschen Industrieunternehmen im mittlerweile zerschlagenen Jugoslawien auf Geheiß der mit der Rohstoffsicherung beauftragten staatlichen Dienststellen oft über jedes kaufmännisch vertretbare Maß hinausgetrieben. Zur Modernisierung oder Erweiterung bestehender Betriebe, für den Aufschluß bisher ungenutzter Lagerstätten und das Errichten zusätzlicher Aufbereitungsanlagen wendeten deutsche Firmen während der Kriegsjahre beträchtliche Mittel auf. Der geringe Grad der Verkehrserschließung, vor allem der gebirgigen, rohstoffreichsten Gebiete des Landes, machte den weit überwiegend vom Reich finanzierten Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes erforderlich. Diese Investitionen in Grundstoffindustrie und Infrastruktur kamen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens nach Beendigung des Krieges zugute. Das Problem der deutschen Clearingverschuldung gegenüber Jugoslawien gewinnt damit einen neuen Aspekt³¹².

Im Rahmen der Kriegswirtschaft des Reiches kam Jugoslawien und seinen Nachbarstaaten eine hervorragende Bedeutung zu. Die gesicherte Versorgung der deutschen Rüstungsindustrie mit mineralischen Rohstoffen bis in die letzten Kriegsmonate hinein wäre ohne die Erzgruben des Balkanlandes nicht denkbar gewesen.

³¹² Dem Clearingkonto wurden lediglich solche Lieferungen und Leistungen gutgeschrieben, die im Auftrag von Firmen oder Dienststellen des Clearingpartners erfolgten, für welche diese also eine Zahlungsverpflichtung übernommen hatten, und auch dann nur insoweit als die Zahlung bereits fällig war.